AUFLAGE 120.000 WETZLAR KURIER Erscheint monatlich

Sonderausgabe zur Kommunalwahl am 14.3.2021

WETZLAR KURIER

ZEITUNG FÜR DEN LAHN-DILL KREIS

2. Sonderausgabe Kommunalwahl 2021 | Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur | März 2021

Hessens Sportminister Peter Beuth:

„Hessen hilft den Vereinen auch 2021 finanziell“

(red). Aus Sicht der CDU Lahn-Dill, so Kreisvorsitzender Hans-Jürgen Irmer, sei es höchst erfreulich, dass Hessen im Jahr 2020 rund 300 Sportvereine, die in besonders prekären Situationen waren, mit rund 1,35 Millionen Euro unterstützt habe. Erfreulich, aber nicht selbstverständlich, dass diese Hilfe auch 2021 weiter gewährt wird. Eine Hilfe, die nach Auffassung des Präsidenten des Landessportbundes Hessen, Dr. Rolf Müller, auch zwingend notwendig sei, denn je länger der Lockdown anhalte, desto prekärer werde die Lage für alle 7600 Vereine.

Insgesamt gibt es in Hessen rund 7500 Sportvereine mit ca. 2,1 Millionen Mitgliedern. Dieser organisierte Sport hat in Hessen im letzten Jahr – und zwar völlig unabhängig von Corona-Hilfsprogrammen – eine strukturelle Grundhilfe in Höhe von 59 Millionen Euro erhalten. Dazu zählen Unterstützungsprogramme wie Neuanschaffung von Sportgeräten, Förderung der Jugendarbeit, Sanierungs- oder Modernisierungsarbeiten bei Sportvereinen und anderes mehr.

Kleinere Fußballclubs besonders betroffen

Die Auswertung über die eingegangenen Anträge des letzten Jahres ergab, dass 70 Prozent der bewilligten Anträge an Vereine gingen, die bis zu 400 Mitglieder haben. Gut 50 Prozent der Vereine, die eine Corona-Förderung beantragten, waren Clubs, deren Kernsportart Fußball ist. Auf den weiteren Plätzen folgten Schützenvereine mit 10,5 Prozent, Tennisvereine mit 5,5 Prozent, Gesamtvereine mit 5,5 Prozent, die mehrere Sportarten repräsentieren usw.

Einnahmeverluste

65,2 Prozent der Vereine, die einen entsprechenden Antrag stellten, gaben an, dass der Ausfall von Veran-

Hessens Sportminister Peter Beuth

staltungen 2020 zu Einnahmeverlusten führte. Dazu zählen die Einnahmen aus Heimspielen und aus der Vermietung von Vereinsgaststätten oder der Betrieb von entsprechenden Kiosken. Nicht zu vergessen das geringere Sponsorenengagement.

Einsparungsmaßnahmen

40 Prozent der Antragsteller erklärten, Ausgabeneinsparungen vorgenommen zu haben, insbesondere Vergütungen und Aufwandsentschädigungen für Trainer und Übungsleiter. Darüber hinaus seien größere und kleinere Baumaßnahmen, Anschaffungen oder Instandhaltungen bewusst verschoben worden. Hinzu kamen Anträge auf Stundungen bei Miete, Steuer, Krediten oder Darlehen. Umso wichtiger, dass das Land die Unterstützungsmaßnahmen, die natürlich keinen gleichwertigen Ersatz darstellen können, auch fortführt. Wichtig aber auch, dass kurzfristige Perspektiven aufgezeigt werden, wie es im Amateursport weitergeht.

Appell: Bitte Mitglied bleiben!

Sportminister Beuth, aber auch LSB-Präsident Dr. Müller, appellierten in dem Zusammenhang an die Mitglieder von den Sportvereinen – aber das gilt natürlich nicht nur für die Sportvereine -, gerade in dieser schwierigen Zeit, soweit es einigermaßen machbar ist, dem Verein die Treue zu halten und Mitglied zu bleiben. „Es ist ohnehin schwierig genug“, fügte CDU-Bundestagsabgeordneter Hans-Jürgen Irmer, selbst engagierter ehrenamtlicher Vereinsvertreter, hinzu, „in dieser Zeit Menschen für den Eintritt grundsätzlich in Vereine zu bewegen, da man keine Veranstaltungen anbieten, keine Treffen organisieren kann.“

Daher könne man diesen Appell nur unterstützen und herzlich darum bitten, dass Mitglieder generell in diesen schwierigen Zeiten ihrem Verein die Treue halten.

Am Sonntag gilt es!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie diese zweite Sonderausgabe des „Wetzlar-Kurier“ zur Kommunalwahl am 14. März in den Händen halten, sind es nur noch wenige Stunden, bis die Wahllokale öffnen. Ich möchte Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten bitten.

Hans-Jürgen Irmer, MdB

Wir haben ein in die Zukunft gerichtetes Programm, das sehr viel Lob erfahren hat. Wir haben eine sehr gute Mischung aus Jung und Alt, aus unterschiedlichen Regionen, aus Männern und Frauen unterschiedlichsten Professionen, ein Team, dem die Arbeit Spaß macht, ein Team, auf das man sich verlassen kann und das sich mit Herz und Verstand für seine Heimat einsetzen möchte.

Für diese Mannschaft werbe ich und bitte deshalb um Ihre Unterstützung für die CDU an Lahn und Dill, für die Liste 1.

Mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen für Sie persönlich

Hans-Jürgen Irmer, MdB
Kreisvorsitzender

CDU LISTE 1

Digitale Diskussion: Viel Lob für Wahlprogramm der CDU Lahn-Dill

Wegweisend, zukunftsgerichtet und umfassend

(red). Im Rahmen einer Digitalkonferenz stellte die CDU Lahn-Dill das auf der Homepage einzusehende Kommunalwahlprogramm vor, um es mit interessierten Bürgern zu diskutieren. Vorsitzender Hans-Jürgen Irmer, Kreistagsvorsitzende Elisabeth Müller, die beiden Landtagsabgeordneten Jörg Michael Müller und Frank Steinraths standen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Aus Sicht des Sportkreises Lahn-Dill, so Vorsitzender Ralf Koch und sein Stellvertreter Jochen Horz, sei positiv anzumerken, dass die Union dem Bereich Sportvereine und Ehrenamt sehr viel Raum gegeben habe. So spricht sich die Union für ein eigenes Dezernat Sport und Ehrenamt aus, für die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplanes, eines Schwimmbad-Förderkonzeptes „Goldener Plan“ und für die Unterstützung von Leistungssportzentren an Schulen, natürlich in Absprache mit diesen, um gezielt den Spitzensport zu entwickeln und zu fördern. Wichtig sei ein Sportdezernent mit Affinität und Empathie zum Sport, der damit auch die Sportkommission zu einem echten Beratungsgremien aufwerte und die dauerhafte und institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem Sportkreisvorstand suche.

Für die Union, so Fraktionschef Hans-Jürgen Irmer, eine Selbstverständlichkeit, denn Vereine seien der soziale Kitt in dieser Gesellschaft, und als ehemaliger Leistungssportler habe er in besonderer Weise ein Herz für den Sport.

Unterstützung auch für die Unions-Aussagen zum Erhalt und zur Sicherung der Krankenhäuser im Lahn-Dill-Kreis und zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, ebenso für die Unions-Kernforderungen, die Ausstattung der Schulen zu optimieren, die Arbeitsplatzbedingungen der Lehrer zu verbessern, die technischen Voraussetzungen zu schaffen für eine perfekte Digitalisierung, wobei Präsenzunterricht durch nichts (!) zu ersetzen ist, zusätzliches Personal für Hard- und Software und entsprechenden IT-Support durch den Schulträger an den Schulen.

Wichtig für die Union auch, Sanierungsarbeiten an den Schulen zeitlich zu bündeln, um keine jahrelangen Dauerbaustellen entstehen zu lassen. Was die Zusammenarbeit angeht, auch hier klare Aussage der Union, Zusammenarbeit mit dem Kreiselternbeirat, der im Übrigen eine eigene Geschäftsstelle benötige.

Im Bereich der Wirtschaft gab es Zustimmung zum Thema Existenzgründer unterstützen, Brandschutz mit Augenmaß, Förderung des Handwerks durch Vergabe von Aufträgen an heimische Unternehmen, soweit rechtlich möglich, im Bereich Verkehr Unterstützung für den Ausbau des ÖPNV, für den Ausbau von Radwegen entlang der Kreisstraßen, aber auch eine abgestimmte Radverkehrspolitik zwischen Kreis und Kommunen sowie ein bedarfsgerechter Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, was gerade für den ländlichen Raum so wichtig sei.

Dies sind einige wenige Schwerpunkte aus der digitalen Konferenz.

Das gesamte umfangreiche Programm kann man auf der Homepage der CDU Lahn-Dill unter www.cdu-lahn-dill.de nachlesen.

Das Kommunalwahlprogramm der CDU Lahn-Dill in Kurzform

Bildung

- Optimaler Zustand und Ausstattung unserer Schulen
- Keine Grundschulschließungen
- Erhalt der Förderschulen und der Berufsschulen
- Für Schulvielfalt statt Einheitsschule
- Förderung freiwilliger Ganztagsangebote
- Inhaltlicher Ausbau des Paktes für den Nachmittag
- Verstärkte Digitalisierung des Lernortes Schule
- Jedem Schüler ab Klasse 5 ein Leasing-Tablet
- Zuverlässige und sichere Schülerbeförderung

Innere Sicherheit

- Unterstützung unserer Polizei
- Asylrecht achten
- Sozialmissbrauch bekämpfen
- Präventionsangebote intensivieren
- Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz zur Unterstützung von Gewaltopfern
- Unterstützung der ehrenamtlichen Feuerwehren und aller im Katastrophenschutz tätigen Organisationen

Jugend und Familie

- Ausbau Jugendtaxi und Aufbau Seniorentaxi
- Kinderschutzambulanz unterstützen
- Angebotserweiterung der Jugendleitercard
- Medienschutz verstärken
- Generationsübergreifendes Leben und Wohnen fördern

Soziales und Gesundheit

- Erhalt und Sicherung unserer Krankenhäuser
- Garantieeiner ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum
- Unterstützung der Arbeit von Sozialverbänden
- Integrationsmaßnahmen verstärken
- Integrationsbereitschaft einfordern

Umwelt, Natur, Tourismus, Heimat und Kultur

- Bürgerfreundliche Erreichbarkeit der Wertstoffhöfe
- Windkraftanlagen im Einvernehmen mit den Menschen
- Wander-, Rad-, und Bootstourismus fördern
- Erhalt des Naturschutzzentrums Hessen
- Unterstützung unserer Landwirtschaft
- Einrichtung eines Kulturdezernenten

Vereine, Sport und Ehrenamt

- Erhöhung der Mittel zur Unterhaltung vereinseigener Hallen
- Eigenes Dezernat Sport- und Ehrenamt
- Keine Hallennutzungsgebühren für Vereine
- Hilfsfonds für in Not geratene Vereine
- Ausbau der Ehrenamtscard
- Erarbeitung eines Sportentwicklungsplanes zusammen mit dem Sportkreis

Wirtschaft und Verkehr

- Beschleunigung aller Genehmigungsverfahren
- Brandschutz mit Augenmaß
- Endlich Breitband für Alle
- Optimierung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Fahrgastbeirat
- Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen entlang Bundesstraßen und Autobahnen
- Ausbau und Beschilderung von Pendlerparkplätzen

Kommunalwahl Hessen

14 März 2021

CDU LISTE 1

Junge Union Solms-Braunfels-Leun

Agrartalk mit Gitta Connemann, MdB

(L.S.) Unter dem Motto „global denken und lokal handeln“ hatte die Junge Union Solms-Braunfels-Leun die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Gonnemann, zum virtuellen Agrartalk eingeladen. Mit dabei waren einige Landwirte aus der Region, Vertreter des Bauernverbandes, Akteure aus vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft sowie Mitglieder der Jungen Union und der CDU. Neben Gitta Connemann, MdB, nahm auch der örtliche Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer (Kreisvorsitzender der CDU Lahn-Dill) sowie CDU-Landtagsabgeordneter Frank Steinraths (stellvertretender Kreisvorsitzender CDU Lahn-Dill) an der Veranstaltung teil.

Die Vorsitzende der Jungen Union SBL, Lisa Schäfer, sagte einleitend, dass die Junge Union dafür bekannt sei, bei gewissen Themen die Mutterpartei (CDU) konstruktiv zu kritisieren. So auch im Agrarbereich, wo sich die Junge Union auf allen Ebenen einig sei, dass viele Entscheidungen der Bundesregierung kritikwürdig seien, da sie zum Teil nicht auf wissenschaftlich basierten Daten beruhen, von Ideologie getrieben sowie für die Landwirtschaft gravierend sind. „Dennoch machen wir bewusst solche Veranstaltungen, damit sich Vertreter aus Politik und Landwirtschaft austauschen, um so ein Stück weit die Fachexpertise der Landwirte in die Politik einzubringen. Denn es geht nur gemeinsam“, so Schäfer. „Verbinden statt spalten, miteinander statt gegeneinander“ hieß die Devise der Veranstaltung.

In seinem Grußwort machte MdB Hans-Jürgen Irmer klar, dass die CDU an Lahn und Dill fest an der Seite der Landwirtschaft stehe. Irmer kritisierte das von Umweltministerin Schulze (SPD) vorgelegte Aktionsprogramm Insektenschutz, was eine kalte Enteignung und einen massiven Schaden für die Landwirtschaft mit sich bringen würde. Das Aktionsprogramm Insektenschutz umfasst Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutzanwendungsverordnung. Die Änderungen würden umfangreiche Auflagen, Verbote und Einschränkungen für die Landwirtschaft bedeuten. „Wer Arten- und Insektenschutz ernst meint, muss alle potenziellen Versucher beim Insektensterben mit einbeziehen, dazu gehören unter anderem Lichtverschmutzung, Flächenversieglung und nicht zu vergessen, die modernen Insekten-Schredderanlagen, genannt Windkraftanlagen“, stellte Irmer fest.

Auch Gitta Connemann, MdB, teilte die Kritik der Landwirte und versprach, dass die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion sich weiterhin für praktikable Lösungen für die Landwirtschaft einsetzen werde. Sie vertritt seit 2002 als direkt gewählte Abgeordnete den Bundestagswahlkreis Unterems im Deutschen Bundestag. Connemann berichtete von ihrem familiären landwirtschaftlichen Hintergrund und machte klar, dass ihr die Probleme in der Landwirtschaft aus der Praxis bekannt sind. Im Bundestag ist sie unter anderem für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft tätig. Connemann stellte fest, dass die Landwirtschaft sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich in einer schwierigen Situation stecke. Hinzu kämen überzogene Auflagen beim Umwelt-/Gewässer- und Tierschutz, die sich nicht immer in der Praxis umsetzen lassen. Leider sei bei den Grünen und bei der SPD wenig Interesse vorhanden, fachlich fundierte und wissenschaftlich basierte Entscheidungen im Agrarbereich zu treffen, berichtete Connemann.

Neben dem Aktionsprogramm Insektenschutz wurde über die Bauernmilliarde sowie die Düngeverordnung diskutiert.

CDU Solms begrüßt Baumpatenschafts-Aktion, bedauert dennoch das Abstimmungsverhalten von SPD und FWG

(H.L.) Da reibt man sich verwundert die Augen, wenn man in den Solmser Nachrichten eine halbseitige Anzeige der Solmser SPD vorfindet, wo um „Hilfe für den Solmser Wald“ durch Baumpatenschaften geworben wird. Dies ist in der Sache eine gute Aktion und wird von der CDU als ein Baustein zur Rettung des stark geschädigten Solmser Waldes unterstützt. Die CDU unterstützt die Baumpatenschafts-Aktion, indem sich zahlreiche CDU-Mitglieder an der Aktion beteiligen werden.

Doppelmoral der SPD:

Nachdem die Solmser CDU im Sommer letzten Jahres als erste Partei die Probleme des Solmser Waldes aufgegriffen und angegangen hat, wird nun damit Wahlkampf von Seiten der SPD gemacht. Erst einen CDU-Antrag zum Thema Wald ablehnen und dann solche Aktionen durchführen, weist schon eine gewisse Doppelmoral auf.

Bereits am 30. Juni 2020 hatte die Solmser CDU-Fraktion einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, wo beschlossen werden sollte, dass der Magistrat eine „Kommission Zukunft Wald“ einrichten und man dadurch den schlechten Verhältnissen im Solmser Stadtwald entgegentreten sollte. Die Kommission sollte unter der Leitung des Bürgermeisters stehen und jeweils ein Mitglied der im Parlament vertretenen Parteien sowie mehrere sachkundige Bürger/Experten, die sich mit diesem Thema auskennen, enthalten. In diesem Antrag wurde auch expliziert auf die Ursachen der Waldprobleme hingewiesen.

Im September 2020 wurde dann der CDU-Antrag mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen SPD und FWG mit der Begründung abgelehnt, der Magistrat würde schon einiges für den Wald tun, und der CDU wurde „Wahlkampfgetöse“ vorgeworfen (wohlgemerkt mehr als ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl!) und der Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Natur und Umwelt verwiesen.

Helmut Lenzer

In der folgenden Ausschusssitzung war es wiederum die SPD/FWG-Mehrheit, welche den Antrag zur Rettung unseres Waldes nach harter Diskussion ablehnte.

Gleichzeitig setzte sie mit eigenem Antrag durch, dass die Probleme zukünftig im SNU-Ausschuss behandelt werden sollen, was von der CDU, die übrigens mit Helmut Lenzer den Ausschussvorsitzenden stellt, als nicht zielführend abgelehnt wurde. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte letztendlich dann in ihrer Dezember-Sitzung endgültig die Bildung einer „Kommission Zukunft Wald“ mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen SPD/FWG ab.

Nunmehr ist es umso verwunderlicher, dass diese Solmser SPD plötzlich mit Nachdruck in den „Solmser Nachrichten“ und den sozialen Netzwerken vehement mit der Initiative „Baumpatenschaften“ zur Rettung des Solmser Stadtwaldes wirbt - und dies drei Wochen vor der Kommunalwahl. „Die Idee mit der Baumpatenschaft ist ein guter Vorschlag und hätte auch ein Ergebnis der Arbeit der von der CDU geforderten „Kommission Zukunft Wald“ werden können“, meint der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Lenzer.

In der vergangenen Legislaturperiode hat er jährlich in der jeweils letzten Sitzung des Jahres darauf hingewiesen, dass man im Solmser Parlament Politik zum Wohle der Stadt und der Solmser Bürger machen wolle und keine Parteipolitik. Offensichtlich wird dies von der SPD anders gesehen, die es anscheinend nur gut findet, was sie selbst vorschlägt und mit ihrer Mehrheit durchsetzen kann.

14 März 2021
CDU LISTE 1

Haiger

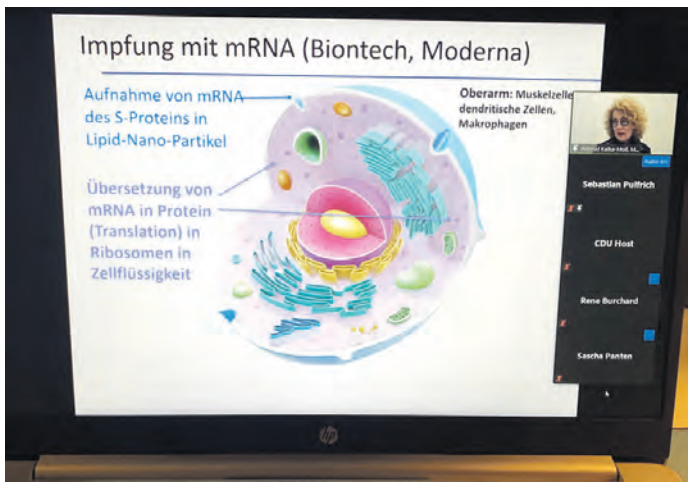
Deutschland muss in der Corona-Krise alle mitnehmen

Prof. Dr. Kalka-Moll und Dr. René Burchard informieren bei einer Online-Veranstaltung

(S.P.) Im Rahmen einer Online-Veranstaltung der CDU-Haiger konnten viele offene Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geklärt werden. Referenten waren Prof. Dr. Wiltrud Kalka-Moll und René Burchard. Moderiert wurde die Veranstaltung von Haigers CDU-Vorsitzendem Sebastian Pulfrich. Zu Beginn erörterte der Unfallchirurg René Burchard, wie die praktische Arbeit des Klinikpersonals derzeit in den Krankenhäusern aussieht und welche Herausforderungen gestemmt werden müssen.

„Wir sind in unseren Kliniken vor Ort gut aufgestellt, und das Klinikpersonal arbeitet, trotz aller Umstände im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, mit großem Engagement." Auf die Frage, ob man bei Beschwerden den Besuch in der Klinik auf die lange Bank schieben sollte, betonte der Mediziner, dass dies mitunter mehr Risiko für die Menschen als die COVID-Infektion mit sich bringen könne. „Die Gefahr, sich in einer Klinik mit Corona zu infizieren, ist vermutlich wesentlich geringer als zum Beispiel bei einem Besuch im Supermarkt." Prof. Dr. Kalka-Moll, eine ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten, ging in ihrem Kurzreferat vor allem auf Fragen im Zusammenhang mit dem Impfen ein. So erörterte sie beispielsweise die unterschiedliche Wirkweise der Impfstoffe von „Biontech" und „Moderna" auf der einen Seite und den von „AstraZeneca" bzw. den sogenannten Vektorimpfstoffen auf der anderen Seite.

Bei erstgenanntem Impfstoff erfolgt eine Impfung mit mRNA (messenger-RNA/Boten-RNA). Die Impfwirkung läuft so ab, dass die im Körper des Geimpften enthaltene mRNA in die Zellen aufgenommen wird, die dann nach dieser Anweisung ein virales Protein bilden. Gegen dieses setzt eine Immunantwort ein, die bei einem Kontakt mit dem Corona-Erreger vor einer Erkrankung schützen soll. Bei dem Impfstoff von „AstraZeneca" erfolgt eine Impfung mit dem Vektorvirus. Der Impfstoff besteht aus einem gut untersuchten Virus, das sich nicht vermehren kann und das für den Menschen harmlos ist. Die vom Vektorvirus transportierte Information wird nach der Impfung nicht ins menschliche Erbgut eingebaut, sondern in Zellen umgewandelt. Die so vom Körper des Geimpften gebildeten Proteine werden vom Immunsystem als fremd erkannt. In der Folge werden Antikörper und Abwehrzellen gegen das Virus gebildet. So entsteht eine schützende Immunantwort.



Bei der Online-Veranstaltung der CDU Haiger zum Thema „Krankenversorgung in Zeiten von Corona" berichtete Prof. Dr. Kalka-Moll (rechtes Bild) die Wirkungsweisen der Impfstoffe.

Prof. Dr. Kalka-Moll (Fachärztin für Mikrobiologie, Infektionsepidemiologie, Innere Medizin und Infektiologie) und Herr Dr. René Burchard (Facharzt für Unfallchirurgie, Orthopädie und Sportmedizin)

Da der Impfstoff von „AstraZeneca" derzeit in den Medien eher nicht so gut wegkommt, machte Prof. Dr. Kalka-Moll klar, dass sie diese Diskussion nicht nachvollziehen könne. Sie würde sich jederzeit mit dem Impfstoff impfen lassen und sei auch von dessen Wirkweise überzeugt. Die Infektionsexpertin machte in ihrem Referat zudem deutlich, wie wichtig es sei, eine sog. Herden-Immunität zu erreichen. Dies würde bedeuten, dass sich mindestens 70 Prozent der Bevölkerung impfen lassen müsste, um eine positive Wirkung in der Breite zu erreichen.

In Bezug auf das Maskentragen führte die Medizin-Expertin aus, dass dies auch zukünftig noch nach einer Impfung sinnvoll sei, bis die Herden-Immunität erreicht sei. „Es muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden und wichtig ist, dass alle mitgenommen werden. Vor allem auch diejenigen, die einer Impfung kritisch gegenüberstehen", so Kalka-Moll. Sowohl Prof. Dr. Kalka-Moll als auch Dr. Burchard wünschten sich in Bezug auf die Zukunft eine bessere digitale Arbeitsweise in der medizinischen Versorgung, um so wieder mehr Zeit für die Arbeit am Patienten anstatt am Schreibtisch zu erhalten und ein zeitgemäßes Risikomanagement, wie z.B. aus der Luftfahrt bekannt, zu unterstützen. Haigers CDU-Vorsitzender Sebastian Pulfrich führte am Ende der Veranstaltung aus, wie wichtig es sei, dass sich Politik vor allem auch Ratschläge aus der Praxis holen müsse. „Wir haben tolle Experten vor Ort, die uns in der Politik mit Rat und Tat zur Seite stehen, sofern sie gefragt werden", so Pulfrich.

Dem Virus auf der Spur

Land Hessen verstärkt die Kontaktnachverfolgung

(red). Ein wichtiges Mittel im Kampf gegen das Coronavirus ist,neben Maske tragen und Abstand halten die Kontaktnachverfolgung. Denn wenn man Infektionsketten schnell erkennt, kann man die möglichen Infizierten kontaktieren und sie warnen. Die obligatorische Quarantäne gehört zwar dazu, aber sie schützt nicht nur die Infizierten, sondern auch alle anderen. „Das Land Hessen hat nun mit den Landkreisen und kreisfreien Städten einen Pakt zur Nachverfolgung geschlossen. Noch ressourcenschonender, effizienter und schneller soll die Kontaktverfolgung von Corona-Infizierten und damit die Unterbrechung von Infektionsketten geschehen", erklärt der heimische Landtagsabgeordnete Frank Steinraths.

Geschehen soll das über die Software ‚Sormas', welche flächendeckend Daten sammelt und zusammenlaufen lässt. Somit wird der Datenaustausch deutlich verbessert. „Hessen hat damit einen gemeinsamen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz und des Bundes umgesetzt. Denn wir wollen den Kampf gegen das Corona-Virus verstärken, damit wir die Pandemie noch schneller überwunden haben. Es ist daher ein gutes Zeichen und positives Signal, dass alle Landräte und Oberbürgermeister mitmachen und den Pakt unterzeichnet haben", so der Abgeordnete.

Frank Steinraths, MdL

Somit ist das Startsignal ertönt, die Voraussetzungen zu schaffen die Kontaktnachverfolgung und die Unterbrechung der Infektionsketten noch weiter zu verstärken. Nur so sind weitere Lockerungen möglich. „Das Unterbrechen von Infektionsketten ist eines der Schlüsselelemente, die Ausbreitung des Virus zu unterbrechen. Je weniger sich infizieren und umso niedriger der nun bekannte R-Wert ist, desto weniger Menschen werden krank und desto schneller können wir raus aus dem Lockdown", betont MdL Steinraths.

Zum Pakt gehört auch, dass in den insgesamt 24 hessischen Gesundheitsämtern weiteres Personal für die Nachverfolgung geschult und vorgehalten wird. Um bei mutationsbedingten Steigerungen der Inzidenzen von erneuten Restriktionen absehen zu können, sollen statt ursprünglich fünf nun bis zu zehn Kontaktnachverfolger pro 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner bereitstehen. „Jeder Einzelne kann dazu beitragen, das Virus zu besiegen und die Infektionsketten zu unterbrechen, indem man Kontakte vermeidet und die Corona-Warn-App nutzt", schließt der Abgeordnete ab.

Berlin

Rot-Rot-Grün verbietet Polizei das Tragen von Sturmhauben bei gefährlichen Einsätzen

(red). Die Polizei bundesweit hat alles andere als einen einfachen Job. Der Respekt vor der Polizei nimmt ab, Einsatzkräfte werden zunehmend attackiert, bedroht, beleidigt und körperlich verletzt, teilweise schwerstverletzt bis hin zu so manchem Todesfall in der Vergangenheit.

Besonders gefordert sind die Polizisten der Einsatzhundertschaften, die in Berlin künftig keine (!) Sturmhaube mehr bei Einsätzen tragen dürfen, die im Übrigen auch wichtig sind zum Schutz der Identität. Gerade wenn man in Berlin die Clan-Kriminalität bekämpft, Durchsuchungen bei Rockern durchführt, bei Extremisten oder auch der Organisierten Kriminalität, besteht prinzipiell ein großes Maß an Bedrohungspotenzial für Polizeibeamte, weil Kriminelle nicht davor zurückschrecken, Polizisten und ihre Familien zu bedrohen, ihnen Rache zu versprechen, wenn sie in einem Prozess aussagen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft und die Gewerkschaft der Polizei haben diese Regelung zu Recht kritisiert, da sie die Sicherheit der Polizeibeamten und ihrer Familienangehörigen aufs Spiel setzt. Wer am Behördenschreibtisch sitzt, kann leicht eine solche Entscheidung treffen. Sie ist realitätsfern und zeigt im Übrigen, welchen Stellenwert die Polizeibeamten in Berlin durch die politische Führung haben.

Kandidaten der Deutschen Kommunistischen Partei auf Kreistagsliste der SED/Linkspartei

(red). Es gibt sie noch, die versprengten Kandidaten der Deutschen Kommunistischen Partei, die ewig Gestrigen, die orthodoxen Kommunisten, die immer das Hohe Lied auf die Sowjetunion sangen und das Hohe Lied auf Walter Ulbricht und Erich Honecker zu Zeiten der sogenannten DDR, die im Westen Agitation betrieben gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das sozialistische System der DDR für erstrebenswert hielten.

Gemeint sind die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKB), eine Splittergruppe, die jetzt dazu aufgerufen hat, die Liste der SED/Linkspartei des Lahn-Dill-Kreises zu wählen.

Vier Kandidaten sind es, darunter mit Klaus Petri und Walter Schäfer zwei ehemalige Lehrer, schon zu aktiven Zeiten in der linken Lehrergewerkschaft engagiert, die aus ihrer wirklichen Grundeinstellung und Gesinnung keinen Hehl mehr machen. Aus dem wohldotierten Ruhestand zur Überwindung des Systems aufzurufen, dazu bedarf es keines großen Mutes, aber da sie finanziell unabhängig sind, könnten sie eigentlich ihren Lebensabend in einem der sozialistischen Wunderländer dieser Welt verbringen, ob in Venezuela, Russland, China oder auch Nordkorea.

Die DKP-Kandidaturen auf der Liste der SED/Linkspartei zeigen aber eines unmissverständlich, die Linkspartei ist keine medial gefühlt liebevoll behandelte Linkspartei, sondern eine Partei bestehend aus knallharten Kommunisten, die ein anderes System wollen. Dazu gehört die Genossin Wissler, Fraktionschefin im Hessischen Landtag und voraussichtlich neue Vorsitzende der Linkspartei, die schon vor Jahren den Hessen empfahl, dem Vorbild Venezuelas unter Hugo Chavez zu folgen, weil der Sozialismus doch so großartig sei.

Ob DKP, Linkspartei, die rechtsidentisch mit der SED, der ehemaligen DDR ist, sie hatte selbst darauf geklagt, als rechtsidentisch darauf anerkannt zu werden, egal, wie man das Kind nennt, es sind Kommunisten, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung genauso wenig am Hut haben wie mit dem Grundgesetz.

14 März 2021
CDU LISTE 1

Impressum
Wetzlar Kurier
Zeitung für Politik,Wirtschaft und Kultur

Herausgeber u. verantwortlich für den Inhalt aller Textbeiträge ohne Kürzel:
Hans-Jürgen Irmer
Anschrift der Redaktion:
Moritz-Hensoldt-Straße 24
35576 Wetzlar
Bürozeiten:
Mo., Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Di. + Do.12.00 - 17.00 Uhr
Telefon: 0 64 41 / 9 71 70
Fax: 0 64 41 / 7 66 12
E-Mail: **info@wetzlar-kurier.de**
Internet: **www.wetzlar-kurier.de**

Erscheinungsweise:
monatlich
Auflage:
125.000 Exemplare
Druck:
VRM Wetzlar GmbH
Technik:
Wolfgang Weichel
Anzeigen:
Hans-Jürgen Irmer

Diese Zeitung wird durch Anzeigen finanziert.

-Anzeige-

Aus der Arbeit der CDU Fraktion im Stadtparlament Wetzlar

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

Mit dem Bebauungsplan im Bereich des ehemaligen Betriebsgeländes der Firma Pfeiffer Vakuumtechnik an der Bergstraße sollen Gebäude der gewerblichen Nutzung der Schaffung von neuem Wohnraum weichen. In der Begründung zu dem Vorhaben wird angeführt, dass eine weitere Nutzung als reines Gewerbegrundstück wegen der besonderen Lage nur bedingt möglich und städtebaulich nicht sinnvoll sei.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, wie es die Dr. Erich Pfeiffer-Stiftung tun möchte, ist grundsätzlich zu befürworten! Jedoch hätte die Stadt die Möglichkeit der Umsetzung des Bauvorhabens an einer anderen Stelle in Betracht ziehen können. Sie hätte den Bauherrn bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück unterstützen und dadurch das Grundstück an der Bergstraße für gewerbliche Nutzung erhalten können. So wäre die gewerbliche Fläche erhalten worden und es wäre zusätzlicher, bezahlbarer Wohnraum entstanden. Einem Neubau, wie zum Beispiel dem neuen Ärztehaus im Bereich der ehemaligen Spilburgkaserne, würde auch zwischen den verbleibenden Firmengebäuden und dem Hotel im jetzt diskutierten Bereich nichts im Wege stehen.

Nun werden wieder, die nach den Worten des Kämmerers der Stadt Wetzlar, so dringend benötigten Gewerbeflächen im Stadtgebiet reduziert. Schon vorher ist gleiches mit anderen Gewerbeflächen beispielsweise in Dutenhofen und Münchholzhausen gemacht worden. Der Magistrat wird in Bezug auf das geplante Gewerbegebiet Münchholzhausen Nord nicht müde, die Steigerung der wichtigen Gewerbesteuereinnahmen als Grund anzuführen. Dieses Argument ist nicht mehr länger belastbar, wenn man eine Gewerbefläche nach der anderen zur Wohnbebauung frei gibt.

Mit Mini-Biotopen gegen den Klimawandel?

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde den Stadtverordneten ein Antrag der Koalition von SPD, Grünen und FW „Aktionsplan Grün" für die Altstadt vorgelegt. Mit diesem Antrag, kurz vor den Kommunalwahlen, hat die Koalition versucht, ihrem Handeln der vergangenen fünf Jahre einen grünen Anstrich zu geben. Wer sich das Stadtbild von Wetzlar betrachtet, stellt - wie auf der Internetseite der Stadt angeführt wird -fest, das Zitat: „Die Wetzlarer Altstadt

Björn Höbel

ist von fünf Grünanlagen umgeben, die vornehmlich nach den Wetzlarer Partnerstädten benannt wurden und die sich entlang der ehemaligen Ringmauer erstrecken." Da diese in städtischem Besitz sind und von den Mitarbeitern der entsprechenden Ämter gepflegt werden, sollte man davon ausgehen, dass der Bestand und die Bepflanzung bekannt sind. Ansonsten stellt sich die Frage, wie die Einteilung in die Pflegestufen und die Planung des Pflegeaufwands erfolgt sind.

Lässt man die Beschlüsse der jetzigen Stadtregierung einmal Revue passieren, begegnen einem viele Vorhaben, die dem erst kürzlich beschlossenen Bodenschutzkonzept und den politischen Zielen der Grünen entgegenstehen. Da sind beispielhaft die Baugebiete Hermannstein, Münchholzhausen, Dutenhofen und Büblingshausen zu nennen und nicht zu vergessen das Gewerbegebiet Münchholzhausen/Dutenhofen, welche alle - mit ihren versiegelten Flächen - bereits in Planung oder umgesetzt sind. Diese Bilanz ist gerade für die Grünen kein Ruhmesblatt, steht sie ihrem Wahlprogramm doch klar entgegen. Jetzt soll mit Hilfe eines „Aktionsplans Grün" ein Ausgleich geschaffen werden, indem in der Altstadt durch „Mini-Biotope", man kann auch sagen Blumenkübel, eine Verbesserung des Mikroklimas geschaffen werden soll.

Die hier Verantwortlichen wollen mitten in die Frischluftschneise oberhalb von Dutenhofen Gebäude errichten und versuchen dann mit derartigen Anträgen den angerichteten Schaden auszugleichen. Wenn die Vertreter von SPD, Grünen und FW wirklich an einem besseren Klima und der Umsetzung von Maßnahmen interessiert wären, wäre den Stadtverordneten von Umweltdezernent Kortlüke ein ganzheitliches Konzept, wie zum Beispiel ein Aktionsplan „Kompaktes Grünes Wetzlar", wie es ihn in anderen Städten schon gibt, entsprechend für die Stadt inklusive der Stadtteile vorgelegt worden. Aber von einem ganzheitlichen Konzept ist man in Wetzlar weit entfernt. Vielmehr werden immer wieder einzelne, für sich allein stehende Anträge gestellt. Mit wilden Wiesen und begrünten Dächern in der Stadt versucht man sein Gewissen und das der Wähler zu beruhigen. Über einen sinnvollen Maßnahmenkatalog, der die Stadt als Ganzes betrachtet, könnte diskutiert werden. Ein ganzheitlicher Ansatz ist allerdings bei SPD, Grünen und FW bisher nicht erkennbar.

Michael Hundertmark, CDU-Oberbürgermeisterkandidat für Wetzlar

Wetzlar hat eine lange, interessante und wechselvolle Geschichte, die sich in einer vielfältigen Kulturlandschaft widerspiegelt. Für mich ist es wichtig, dieses Erbe zu bewahren und für die Menschen in unserer Stadt, aber auch für Touristen erlebbar zu machen.

Um verstehen zu können, woher wir kommen, ist es wichtig, unsere Vergangenheit und Geschichte zu kennen! Viele Großmütter und Großväter der Wetzlarer Einwohner sind Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Gebieten im Osten. Die Zahl derer, die noch über das Leben in den ehemaligen deutschen Siedlungsbereichen zwischen den beiden Weltkriegen und den Umständen der Vertreibung berichten können, nimmt ab. Deswegen ist es mir wichtig, dass jetzt in enger Zusammenarbeit mit Vertretern des Bundes der Vertriebenen eine Ausstellung konzipiert und dauerhaft Besuchern zur Verfügung gestellt wird.

Dabei soll neben der mörderischen Vertreibung auch besonders das Leben und Wirken der Deutschen in diesen Gebieten herausgearbeitet werden. Von Persönlichkeiten wie Immanuel Kant über die erste deutsche Universität in Prag bis zum Leben der einfachen Menschen kann ein vielfältiges Bild der unterschiedlichen Regionen gezeichnet werden. Die Dauerausstellung soll einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an das Leben und die Kultur der Großmütter und Großväter vieler Wetzlarer Einwohnerinnen und Einwohner leisten. Im Zusammenspiel mit der Patenschaft für das Ostdeutsche Lied und einer noch zu begründeten Literatursammlung bleibt dieser Teil unserer Geschichte auf Dauer erhalten.

Auch die Wahrzeichen unserer Stadt lassen die Geschichte Wetzlars erahnen.

Deshalb habe ich mich vom Vorsitzenden des Kalsmunt-Fördervereins, Thorsten Rohde, über die Fortschritte an der Burganlage informieren lassen. Zuletzt wurde hier ein Großteil des Bauzauns rund um den Bergfried zurückgebaut, so dass Besucher wieder dichter an das Gebäude herankommen. Der Zugang bleibt allerdings vorerst verwehrt, was ich schade finde. Es gibt allerdings auch hier Grund zur Hoffnung: I m Rahmen von Stadtführungen soll der Bergfried wieder begehbar werden.

Es hat mich insbesondere interessiert, welche weiteren Schritte auf der Burg Kalsmunt geplant sind. Mit kleineren Maßnahmen wurde und wird das gesamte Areal schrittweise aufgewertet. So laden inzwischen einige Sitzmöbel zum Verweilen ein. Auch die Sanierung von Teilen der Fassade des Bergfrieds rückt näher.

Michael Hundertmark

Nicht nur hierbei ist der Förderverein auf Unterstützung angewiesen. Die persönliche Unterstützung habe ich Herrn Rohde und dem Förderverein zugesagt. Als Oberbürgermeister will ich mich auch für städtische Unterstützung stark machen! Dazu brauche ich wiederum Ihre Mithilfe: Gehen Sie bitte zur Wahl und geben Sie der CDU und mir als Oberbürgermeister ihre Stimmen!

Herzliche Grüße
Michael Hundertmark

Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert digital mit heimischen Christdemokraten

„Funktionierender Rechtsstaat gerade auch in Pandemie-Zeiten wichtig“

(wf). In Zeiten wie den gegenwärtigen, denen die Corona-Pandemie ihren Stempel aufdrückt, tritt die Überbelastung der Justiz, sprich der Richter und Staatsanwälte und ihrer nachgeordneten und zuarbeitenden Entourage, in besonderer Weise zutage.

Da bildet auch Hessen, so die seit sieben Jahren amtierende Justizministerin Eva Kühne-Hörmann, die der CDU an Lahn und Dill anderthalb Stunden lang in einer digitalen Diskussionsveranstaltung Rede und Antwort stand, grundsätzlich keine Ausnahme. Zumal die CDU-geführte Landesregierung viele Jahre lang mit der Aufgabe beschäftigt war, die noch zu SPD-Zeiten im Innen- und Justizbereich vorgenommenen Personalkürzungen - inklusive der Schließung zahlreicher kleinerer Amtsgerichte - durch den personellen und sächlichen Auf- und Ausbau zum Beispiel des Justizwesens wieder auszugleichen und aufzufüllen. Und der Aufbau von Personal sei eben langwieriger und schwieriger als der Abbau.

Aber: „Die Justiz in Hessen ist gut aufgestellt“, machte Kühne-Hörmann deutlich, um im Blick auf die Corona-Krise zu präzisieren: „Die Justiz im zentralen Bundesland war nie in einem richtig harten Lockdown.“ Alle Türen und Stellen, die den Bürgern zu ihrem Recht verhelfen - zum Beispiel in Betreuungs-, Nachlass- oder auch Strafsachen -, waren und seien auch aktuell offen und erreichbar.

Allerdings seien Verfahren, die eine mündliche Verhandlung und personale Präsenz nicht erforderten, verschoben worden. Verfahren , die in schriftlicher Form erledigt werden könnten, „wurden und werden abgearbeitet“.

In Sachen möglicher Krankheiten und Ansteckungsgefahren bezeichnete die Ministerin die Situation in den 16 Justizvollzugsanstalten des Landes Hessen als „echte Herausforderung“, die jedoch mit „geeigneten Maßnahmen“, die von einer großen Akzeptanz seitens der Bediensteten getragen würden,

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann

bewältigt werde. Unter anderem mit der positiven Folge, dass der Krankenstand der JVA-Bediensteten auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Pandemie abgesunken sei. Hier sei Stolz durchaus angebracht. Und noch ein Fazit: „Wenn - gerade auch in Krisenzeiten - nicht oder kaum über die Justiz geredet wird, dann ist das ein gutes Zeichen, ein Zeichen, dass die Justiz funktioniert.“

„Das Personal gibt der Justiz ihr Gesicht“. Dies nicht zuletzt oder auch in erster Linie bei der Richterschaft. Das Bemühen um Nachwuchs an dieser wichtigen Stelle ist laut Kühne-Hörmann erfolgreich, gebe es doch für jede freie und neu zu besetzende Richterstelle genügend Bewerber. Das hänge sicher auch damit zusammen, dass in Hessen das Richter-Referendariat attraktiver, vielseitiger und flexibler gestaltet wurde und vor allem wieder in einem Beamtenverhältnis stattfinde. Das sei derart attraktiv, dass auch viele Bewerber aus anderen Bundesländern ihr Referendariat in Hessen absolvieren wollen: „Junge Leute stimmen mit den Füßen ab.“ Die Nachwuchsgewinnungsbemühungen der hessischen Justiz tragen laut Ministerin Früchte, weil Hessen auch im „nachgeordneten Bereich“ ein attraktiver Arbeitgeber sei: „Der Erfolg gibt uns recht.“

Als „echtes Problem im anonymen Netz“ bezeichnete Kühne-Hörmann Hass und Hetze, denen mittler-weile auch ehrenamtliche Kommunalpolitiker zum Opfer fielen. Dass im digitalen Bereich die gleichen Regeln wie in der analogen Welt gelten, sei das eine. Der Umgang mit Straftaten in der Anonymität des Netzes das andere. „Die freie Meinungsäußerung in der digitalen Welt muss möglich sein, die Bekämpfung von Ausuferungen allerdings ebenfalls.“ Im Rahmen der Landesinitiative „Keine Macht dem Hass“ arbeite ihr Ministerium seit einem Jahr auch mit NGOs, also mit nicht regierungsamtlichen Organisationen, zusammen, die ebenfalls die Strafverfolgung von Hass und Hetze vorantreiben wollen. Im letzten Jahr seien rund 30.000 einschlägige Meldungen bei den Ermittlungsbehörden eingegangen, die mithelfen, Täterbeziehungen und -strukturen zu erkennen.

Bei 1000 eingeleiteten Ermittlungsverfahren konnten laut Ministerin rund 300 Täter ermittelt werden.

Aktuellste Initiative sei die Bekämpfung der Kriminalität im „Darknet“. Hier werde die bisher bestehende rechtliche Lücke, dass die Post ihre Erkenntnisse zum Beispiel über Drogen- und Waffenhandel, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit gewinnt, nicht an die Ermittlungsbehörden weitergeben durfte, nun geschlossen. Leider könne jedoch Kinderpornografie im Netz nicht so erfolgreich bekämpft werden, wie es möglich wäre.

Wegen der Verweigerungshaltung von FDP und Grünen in den von ihnen mitregierten Ländern ist es laut Kühne-Hörmann leider nicht möglich, an Daten von Nutzern und Verdächtigen heranzukommen. „Uns fehlen deshalb die Werkzeuge“, kritisiert die Ministerin, die darauf hinweist, dass die bisherige rechtliche Regelung die Täter schütze, nicht aber die Opfer. Die umgekehrte Regelung aber müsste zum Normalfall werden.

Schließlich wies Eva Kühne-Hörmann auf die Tatsache einer erheblich gesunkenen Jugendkriminalität zwischen 2010 und 2020 hin. So sei die Anzahl der von Gerichten verurteilten Jugendlichen um nahezu die Hälfte zurückgegangen. Das führte die Ministerin auch auf die „praktische Präventionsarbeit“ der Justiz an den Schulen zurück.

Gerade in Pandemiezeiten, so das Fazit der hessischen Landesjustizministerin, sei ein funktionierender Rechtsstaat besonders wichtig: „Das Recht des Stärkeren darf sich nicht durchsetzen und zur Realität in unserer Gesellschaft werden.“

Johannes Volkmann aus Lahnau will in den Reihen der CDU in die Kommunalpolitik einsteigen

Der Enkel von Altkanzler Helmut Kohl kandidiert für den Kreistag Lahn-Dill

Johannes Volkmann

(wf). Johannes Volkmann ist stolz auf den Ort, in dem er aufgewachsen ist: seine Heimatgemeinde Lahnau. „Unsere Ortsteile können auf eine jahrtausendealte Geschichte zurückblicken und gleichzeitig gibt es ein enorm vielfältiges Dorfleben in der Gegenwart.“ sagt der 24-Jährige im Gespräch mit dem Wetzlar Kurier. Er selbst engagiert sich in einer Reihe von Vereinen, unter anderem im Geschichtsverein und auch in der evangelischen Kirchengemeinde. Verantwortung zu übernehmen war dem Enkel des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl schon früh wichtig. Im Alter von 14 Jahren trat er in die Junge Union Lahn-Dill ein, mit 16 dann in die CDU. „Für mich war die Schul- und Bildungspolitik das entscheidende Thema“, sagt Volkmann, der über mehrere Jahre als Schulsprecher aktiv war. Ein prägender Moment sei die Entscheidung der SPD-geführten Kreisregierung gewesen, in seinem Heimatort Atzbach die Grundschule - untergebracht in einem Jahrhunderte alten historisches Gebäude, vor mehr als 250 Jahren als „Amtshaus“ erbaut und zuletzt viele Jahrzehnte als Ort für die schulische Bildung des Atzbacher Nachwuchses genutzt - gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bürger vor Ort zu schließen. „Diese Entscheidung hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, politische Entscheidungen selbst zu gestalten und Verantwortung für die eigene Heimat zu übernehmen“ so Volkmann.

In seinem politischen Engagement ist dem jungen Lahnauer vor allem auch programmatische Arbeit wichtig. So schrieb er Grundsatzprogramme für die Schüler Union, den RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und wirkt derzeit in der Internationalen Kommission am außenpolitischen Programm der Jungen Union mit. Gerade wegen seiner Leidenschaft für Programmatik fühlt er sich in der CDU an Lahn und Dill auch politisch zu Hause: „Die CDU in unserem Kreis steht für Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit.“ Auch das zwischenmenschliche Miteinander im Verband hebt er hervor: „Hier macht politisches Engagement noch richtig Spaß.“ Dass er der Enkel eines ehemaligen Bundeskanzlers und Vaters der deutschen Einheit ist, spielt für ihn im Alltag keine große Rolle: „Ich habe großen Respekt vor den politischen Lebensleistungen meines Großvaters, aber darüber definiere ich mich nicht.“, so Volkmann.

Der Atzbacherversteht sich gleichermaßen als ein heimatverbundener und weltoffener Konservativer. Während seiner Studienzeit verbrachte er Auslandssemester in Schanghai und Peking, lernte dort die Landessprache und arbeitete als Radiomoderator bei einem chinesischen Sender. Nach seinem Bachelor-Abschluss an der Zeppelin Universität am Bodensee in den Fächern Volkswirtschaft, Politik und Soziologie absolvierte er einen Master an der traditionsreichen Universität Oxford in England. Dort vertiefte er seine Kenntnisse in chinesischem Recht und internationaler Politik. Mittlerweile ist er als Büroleiter des hessischen Europaabgeordneten Prof. Sven Simon im Europäischen Parlament tätig. Dort wirkt er an der parlamentarischen Arbeit im Handelsausschuss und in den Bereichen Wirtschaft und Verfassungsfragen mit. Dennoch schlägt sein Herz vor allem für den Lahn-Dill-Kreis, in dem Johannes Volkmann auch seine persönliche Zukunft sieht.

Bei den Kommunalwahlen am 14. März möchte Volkmann für die CDU in den Kreistag (Listenplatz 29) und die Gemeindevertretung (Listenplatz 7) einziehen. „Mir ist es wichtig, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen.“ In seiner Zeit in China habe er gesehen, wie selbstverständlich dort Schulen mit 3D-Druckern und Software für maschinelles Lernen ausgestattet werden. „Mein Ziel ist es, den Lahn-Dill-Kreis zu einem Vorbild für andere Landkreise in der digitalen Bildung zu machen“, formuliert Volkmann. So könne man langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und somit den Wohlstand wie auch die Arbeitsplätze der Unternehmen an Lahn und Dill sichern. Darüber hinaus wolle er sich im Kreistag für die Verbesserung der Ärzteversorgung auf dem Land durch die Einführung eines kreiseigenen Medizinstipendiums einsetzen und die Vereinsförderung erhöhen.

Pro-Polizei-Wetzlar-Spende erleichtert Arbeit der Polizei

(wf). Offiziell und amtlich heißt das eher unscheinbare technische Teil, das von der Bürgerinitiative Pro Polizei Wetzlar e. V. in einhundertfacher Ausfertigung an die Polizeistation übergeben wurde, „Hörsprechgarnitur“. Hinter dieser ebenso sperrigen wie typisch deutschen und der Fantasie wenig Raum zu Höhenflügen einräumenden Bezeichnung verbirgt sich jedoch ein für den polizeilichen Einsatz höchst nützliches und praxisorientiertes Accessoire. Während die operative Kriminalpolizeieinheit die Hörsprechgarnitur schon lange (be)nutzt, fehlte sie bei der uniformierten Schutzpolizei bisher.

Pro Polizei-Vorsitzender Hans-Jürgen Irmer (4. von rechts) und weitere Vorstandsmitglieder bei der Übergabe am den Leiter der Polizeistation Wetzlar, Holger Geller (6. von rechts) und dessen Kollegen.

Diesem Mangel hat der Verein Pro Polizei Wetzlar nun abgeholfen und 4000 Euro in die Anschaffung dieses bisher fehlenden technischen Hilfsmittels investiert. „Dafür sind wir da, um zu helfen, wo Notwendigkeiten im Dialog zwischen Polizei und Pro Polizei erkannt werden“, bemerkte der Pro Polizei-Vorsitzende Hans-Jürgen Irmer bei der Übergabe an den Leiter der Polizeistation Wetzlar, Holger Geller. Seit nun 25 Jahren unterstützt die aktuell rund 900 Mitglieder starke BI Pro Polizei Wetzlar schwerpunktmäßig die Polizeistation Wetzlar, die nun ihre rund 100 Einsatzkräfte individuell mit einem bewusst unscheinbaren, laut Stationsleiter Geller jedoch praktikablen und benutzerfreundlichen Teil ausstatten kann, das den polizeilichen Funksprechverkehr erleichtert.

Bedeutendster Vorteil: die Kommunikation über Funk bei Polizeieinsätzen jeglicher Art kann nun von Außenstehenden nicht mehr mitgehört und somit mitverfolgt werden, da das Kabel unsichtbar unter der Dienstkleidung geführt das Funksprechgerät unmittelbar mit dem Ohr des Beamten und natürlich der Beamtin verbindet und somit eine „stille Kommunikation“ ermöglicht, ohne dass sich diese im Einsatz von Fahrzeug oder Kontaktpersonen entfernen müssen, um ungestört und ungehört zum Beispiel mit ihrer Dienststelle kommunizieren zu können.

CDA-Urgestein wird ausgezeichnet

(red). 60 Jahre in der CDA ist mehr als ein halbes Leben. Für diese Treue, das Engagement und den unermüdlichen Einsatz für die Arbeitnehmerrechte wurde Kollege Manfred Hoyme vom CDA-Vorsitzenden des Lahn-Dill-Kreises und Landtagsabgeordneten Frank Steinraths ausgezeichnet.

Manfred Hoyme trat am 1. Januar 1960 in die CDA ein und wurde direkt ein aktives Mitglied. Von 1966 bis 2011 war er Kreisvorsitzender des Lahn-Dill-Kreises, später auch im Bezirksvorstand aktiv. Als Vorsitzender hielt er stets die Flamme der Christsoziale hoch und trat innerhalb der CDA für soziale und gesellschaftliche Belange ein. Diese Arbeit und das Vertrauen in den Kollegen Hoyme wurde damit belohnt, dass er 45 Jahre lang den Kreisverband leiten durfte.

Manfred Hoyme (rechts) wird von MdL Frank Steinraths für seine Treue ausgezeichnet.

„Es ist mir wichtig, dass unsere Mitglieder, die so viele Jahre dabei sind und sich besonders um die Arbeit der CDA verdient gemacht haben, auch ausgezeichnet werden. Das ist eine wichtige Form der Anerkennung. Darum gab es für den Kollegen Hoyme neben einer Dankesurkunde vom Bundes-, Landesvorsitzenden und mir auch die goldene Ehrennadel der CDA. Das Lebenswerk von Manfred Hoyme ist ein Musterbeispiel für den Einsatz für Demokratie, Menschen- und Arbeitnehmerrechte“, schließt MdL Steinraths ab

Aus der Arbeit der CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill
Besuche und Gespräche im Jahr 2020 - eine kleine Auswahl

Fünf Jahre konsequent und kontinuierlich vor Ort

(red). Es gibt keine Kreistagsfraktion im Lahn-Dill-Kreis, bei aller Wertschätzung der anderen Fraktionen, die so intensiv und regelmäßig seit 30 Jahren vor Ort unterwegs und präsent ist, wie die CDU-Kreistagsfraktion. Jedes Jahr zwischen 40 und 50 Ortstermine, das heißt Besuche von Firmen, Besuche von Schulen, Gespräche mit Fördervereinen, Gespräche mit Verbänden und vielem anderen mehr.

Wenn man wenige Wochen vor der Kommunalwahl ist, dann ist es nicht nur legitim, sondern auch notwendig, deutlich zu machen, zumindest in Auszügen, wo man war, wofür man sich eingesetzt hat und mit welchen Konsequenzen. Wir können an dieser Stelle natürlich nicht rund 200 Presseerklärungen - die die WNZ bedauerlicher-weise zu 95 Prozent nicht veröffentlicht hat - im Wetzlar Kurier erneut aufführen, aber zumindest in Auszügen.

Zu Besuch in der Polizeistation Wetzlar

Volle Rückendeckung für die Polizei

Das Thema Innere Sicherheit ist immer ein Anliegen der CDU-Kreistagsfraktion gewesen. So sollte der Besuch in der Polizeistation Wetzlar deutlich machen, dass die Christdemokraten nicht der Auffassung der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken sind, wonach es bei der Polizei einen „latenten Rassismus" gebe. Dies sei grober Unfug, unverantwortlich, sachlich falsch und führe ohne Not dazu, dass das berechtigte hohe Ansehen der Polizei diskreditiert werde. Eine Auffassung, die vom Leiter der Polizeidirektion Lahn-Dill und Wetzlars Polizeichef Holger Geller ausdrücklich geteilt wurde.

Firma Haarmann in Ballersbach

Dichtungen und Schläuche für alle Fälle

Bis 2017 in Bischoffen OT Wilsbach ansässig, verlegte das Unternehmen, so Geschäftsführer Kai-Uwe Walther, den Sitz nach Mittenaar-Ballersbach ins dortige Gewerbegebiet. Seit 1994 beschäftige man sich mit dem Vertrieb von Produkten aus dem Bereich der Schlauch- und Abdichtungstechnik. In Form einer Nischenpolitik habe man sich darauf spezialisiert, Lösungen für Kunden zu entwickeln, die aus den Bereichen der Heizkesselindustrie ebenso kämen wie aus dem Bereich der Brennwerttechnik, der Medizintechnik, der Lebensmittelindustrie oder auch der Luft- und Raumfahrttechnik und dem Schiffsbau, um nur einige zu nennen.

CB Akustik von Corona-Pandemie gebeutelt

Neben den Messebaufirmen ist auch die Veranstaltungsbranche inklusive der Veranstaltungstechnik Corona-bedingt stark gebeutelt. Ein Grund für die Union, die Firma CB Akustik in Wetzlar zu besuchen. Geschäftsführer Benjamin Dehmer informierte die CDU-Vertreter über die aktuelle Lage. Flexibel wie die Branche ist, versucht Benjamin Dehmer, neue Geschäftsfelder zu erschließen – durchaus mit Erfolg. Gleichwohl kein Ersatz für das, was bisher das Hauptbetätigungsfeld war.

Schelderwaldschule Oberscheld

Schulleiterin Susanne Richter erklärte den Christdemokraten, dass die Schule räumlich und personell sehr gut aufgestellt sei. Es gebe sechs Arbeitsgemeinschaften, einen rührigen Förderverein, der sich um die Betreuung kümmere, und eine Intensivklasse. Wünschenswert wäre die Erhöhung des Schulbudgets, eine Aufstockung der Schulsekretariatsstunden und eine Entbürokratisierung.

Grundschule Bischoffen

Schulhofgestaltung und Turnhallendachabdichtung

Im Februar 2020 besuchten Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion die Bischoffener Grundschule in Niederweidbach. Handlungsbedarf gab es bezüglich der Neugestaltung des Schulhofes, nachdem der Kreis die beiden kleinen Fußballplätze ebenso stillgelegt hatte wie einige Spielgeräte auf dem Schulhof. Handlungsbedarf seinerzeit auch im Bereich der Dachabdichtung der Turnhalle, für die sich die CDU in einem Antrag verwandt hatte und die mittlerweile erfolgt ist.

Messe-Pro Becker & Heinrich GmbH

Aus der Not eine Tugend gemacht

Kaum eine andere Branche ist durch die Corona-Entwicklung so gebeutelt wie die Messebranche. Anlass für die CDU-Kreistagsfraktion, das Unternehmen zu besuchen, um sich von Geschäftsführer Jörg Becker über die aktuelle Lage informieren zu lassen. Becker machte deutlich, dass es eine solche Krise noch nie gegeben habe. Das Glück des Unternehmens sei, dass man über eine eigene Immobilie verfüge und Facharbeiter aus unterschiedlichsten Branchen habe, wie Schreinermeister, Monteure, Lackierer, Elektriker oder Architekten, die in der Lage seien, auch in anderen Geschäftsfeldern tätig zu werden. Dies gleiche die Verluste zwar nicht aus, sei aber eine Chance, das Unternehmen am Leben zu erhalten.

Behelfsausfahrt BAB 45 Aßlar weiter nutzen

Im Rahmen eines Ortstermins sprachen sich die Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion, der CDU Ehringshausen und der CDU Aßlar dafür aus, die Behelfsabfahrt auch über 2024 hinaus zu genehmigen. Damit soll dazu beigetragen werden, dass rund 130 bis 200 LKW pro Tag nicht auf dem üblichen Landstraßenweg und durch die Ortsteile fahren müssen, um zur Aßlarer Abfallentsorgungsanlage zu kommen. Hinzu kommt, dass die Behelfsausfahrt in Notfällen auch von Rettungskräften wie Feuerwehr oder Sanitätsfahrzeugen genutzt werden kann.

Kneippanlage Tretbecken in Solms:

Durch Bürgerengagement Idyll entstanden

Der Interessengemeinschaft Kneippanlage Tretbecken in Solms ist es in rund 3000 Stunden Arbeitseinsatz gelungen, aus einer Brachlandschaft ein Idyll zu erschaffen. Nicht nur das Tretbecken wurde auf Vordermann gebracht. Der auf dem Gelände befindliche verrottete Stolleneingang wurde ebenso restauriert wie das Umfeld der Kneippanlage mit Brunnen, Bänken und einer gepflegten Rasenanlage Großes Kompliment allen Aktiven.

Schwimmbad Oberscheld

Seit 15 Jahren setzt sich der Förderverein des Schwimmbades Oberscheld dafür ein, dass das von der Schließung bedrohte Freibad auch in Zukunft eine Existenzberechtigung hat. 200 Mitglieder, die in 15 Jahren rund 80.000 Stunden Arbeit investierten, haben dazu beigetragen, dass die Stadt Dillenburg weiterhin Besitzer eines wunderschön gelegenen Schwimmbades ist, das im Übrigen bis heute ehrenamtlich geführt wird.

Waldschwimmbad Sinn

Dank des Fördervereins konnte Schwimmbad erhalten werden

Ehrenamtliches Engagement par excellance, das hat der Förderverein für das Schwimmbad Sinn mit seinen 900 Mitgliedern bewiesen, denn dieser hat mit großartiger Unterstützung der Sinner Wirtschaft ein kleines Wunder vollbracht. Das Schwimmbad wurde Stück für Stück so saniert, dass es aktuell praktisch perfekt ist. Ein Waldschwimmbad, herrlich gelegen. Es wäre eine Schande gewesen, wenn die Gemeinde Sinn das Bad 2005 tatsächlich geschlossen hätte. Ein großes Kompliment für diese ehrenamtliche Arbeit.

Aus der Arbeit der CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill
Besuche und Gespräche im Jahr 2020 - eine kleine Auswahl

In der Fröbelschule Wetzlar

Bei einem Besuch vor Ort erfuhr man, dass ursprünglich die Schule - zwingend notwendig - komplett saniert werden sollte. Man stellte dann fest, dass die Schäden so groß sind, dass man zwischen Neubau und Komplettsanierung schwanke. Die CDU beflügelte diese Debatte im Kreistag durch einen entsprechenden Antrag, und es sieht jetzt so aus, dass voraussichtlich im Sommer der Altbau abgerissen wird, um mit dem Neubau beginnen zu können.

Die Schule hat eine exzellente Entwicklung genommen. Die Schülerzahl ist gestiegen, was ein Beleg für die Akzeptanz und die Qualität des Unterrichtes und der pädagogischen Begleitung darstellt. Ein Neubau macht Sinn, wobei sichergestellt sein muss, dass neben den entsprechenden pädagogischen Anforderungen auch die Parkplatzproblematik für das Kollegium und die an- und abfahrenden Abholdienste gelöst wird. In dem Kontext sprach sich die CDU-Kreistagsfraktion einmal mehr dafür aus, sämtliche Förderschulen im Lahn-Dill-Kreis zu erhalten.

Zu Besuch bei Cartonia Wellpappen/Breitscheid

Einen Überblick über rund 150 unterschiedliche Qualitäten von Wellpappe erhielten die Kreistagsabgeordneten von Geschäftsführer Jörg Manns und Betriebsleiter Christian King.

Wellpappe, die im Automobilbereich, der Lebensmittelindustrie, der Haushaltsgeräteverpackung, oder auch im Bereich der Möbel und Holzverarbeitung ebenso benötigt wird, wie im Bereich der elektrotechnischen Getränke - oder auch im Bereich der metallverarbeitenden Industrie. In Breitscheid sind knapp 100 Mitarbeiter tätig, die in der Regel einen Drei-Schicht-Betrieb fahren. Ein gut aufgestelltes Unternehmen.

Mittenaar OT Bellersdorf

Ein Ärgernis im Ortsteil Bellersdorf die Verfüllung des ehemaligen Atomwaffenlagers. Zeitweise gab es erhebliche Verkehrsprobleme, denn 664.000 Kubikmeter bis zu einer Höhe von 420 Metern müssen verfüllt werden. Im Oktober 2020 waren noch 191.000 Kubikmeter übrig.

Die spannende Frage ist, wieso die Auffüllhöhe auf 420 Meter angewachsen ist und damit schon zehn Meter über dem, was ursprünglich geplant wurde. Hier ist der Lahn-Dill-Kreis gefordert, für Aufklärung zu sorgen.

Textorschule Haiger

Berufsorientierung wird großgeschrieben

Schulleiter Norbert Schmidt und Schulleitungsmitglied Alexander Schüler informierten die Christdemokraten über die Entwicklung der Schule. Sie habe rund 650 Schüler und verfüge über eine sehr gute Personalausstattung mit 69 Kolleginnen und Kollegen. Die Schule sei im Ganztagsprofil 2, biete täglich in der Regel sieben bis acht Arbeitsgemeinschaften an, darunter eine tägliche Hausaufgabenbetreuung, und lege einen Schwerpunkt auf die Berufsorientierung. Man habe 90 Kooperationspartner aus der Wirtschaft, so dass dadurch bedingt Schüler aus dem H + R-Bereich höchst erfolgreich in Ausbildungsverhältnisse vermittelt werden könnten.

Herborn

Diesterwegschule mit gelungenem Neubau

Schulleiterin Monika Hubert-Reitz war höchst erfreut, als sie den Christdemokraten den Neubau präsentieren konnte, der durch Verwendung von viel Holz Wärme ausstrahlt, Freundlichkeit und ein angenehmes Unterrichten ermöglicht. Zum Neubau gehört auch die Mensa, wobei noch Hausaufgaben zu erledigen sind, denn es benötigt eine räumliche Verbindung vom jetzigen Neubau und dem historischen Altbau, Sanierung der Turnhalle und Gestaltung des Pausenhofs.

Musikschule Wetzlar

Mehr finanzielle Unterstützung nötig

Vorstandsvorsitzender Dieter Grebe und Schulleiter Thomas Sander berichteten bei einem Gespräch mit der Union über die erfolgreiche Entwicklung der Musikschule Wetzlar, die 2019 mit rund 1400 Schülern 200 mehr als noch vor zwei Jahren habe. Die Musikschule wurde vor über 60 Jahren vom Ehrenbürger der Stadt Wetzlar, Edgar Hobinka, gegründet. Der Gesamtetat aktuell liege bei rund 1,2 Millionen Euro. Die Gebühreneinnahmen lägen bei 730.000 Euro. Die Stadt Wetzlar stemme rund 240.000 Euro, der Lahn-Dill-Kreis rund 100.000, das Land rund 47.000 plus Spenden.

Der Wert der musikalischen Ausbildung, so die CDU-Vertreter, sei sehr bedeutsam. Deshalb mache es aus ihrer Sicht Sinn, wenn die staatlichen Ebenen ihre Zuschüsse deutlich erhöhen würden, um damit auch vermehrt Kindern aus eher bildungsferneren Elternhäusern die Möglichkeit zu geben, musikalische Bildung zu erhalten.

Mahlwerke Kreutz einzigartig in Deutschland

Ein klassisches Mittelstandsunternehmen mit Sitz in Haiger-Langenaubach

Geschäftsführerin Ulrike Kreutz und Betriebsleiter Dr. Georg Fehringer wiesen darauf hin, dass das Unternehmen mineralische Rohstoffe für die keramische, chemische und Feuerfestindustrie aufbereite und das Ganze erfolgreich seit 65 Jahren. Rund 90 Mitarbeiter arbeiteten im Dreischichtbetrieb. Die Rohstoffe kämen überwiegend aus Südafrika und Australien. Der Exportanteil liege bei rund 70 Prozent. Man gehe optimistisch in die Zukunft, weil mineralische Rohstoffe für die unterschiedlichsten Industriebereiche von Geschirrkeramik bis zu Schaltelementen für Smartphones aufbereitet würden und man somit breit aufgestellt sei. Dies sei deutschlandweit einzigartig.

Tollhaus Berlin

Demonstranten dürfen sich künftig vermummen - Berliner Polizisten werden bewusst gefährdet

(red). Polizeibeamte im Bundesland Berlin haben es besonders schwer. Sie haben mit Rot-Rot-Grün eine politische Führung, die alles daransetzt, ihre Einsätze zu erschweren. Eine miserable Ausstattung, Instandsetzungsstau bei den Polizeiwachen, Ausstattung der Polizisten teilweise mangelhaft, Fahrzeugpark alles andere als modern… Man könnte die Mängelliste fortführen und fühlt sich unwillkürlich an die hessischen Zeiten Mitte der 90er Jahre erinnert, als die Polizei in Hessen ebenfalls so schlecht ausgestattet war. Das war übrigens ein Grund, warum im Juli 1996 „Pro Polizei Wetzlar“ gegründet wurde.

Nachdem Berlin ein sogenanntes Landes-Antidiskriminierungsgesetz eingeführt hat mit der Beweislastumkehr zu Lasten der Polizeibeamten, nachdem ein sogenannter „Polizeibeauftragter“ eingeführt wurde, auf den sich jeder Denunziant gefreut hat, hat das Berliner Landesparlament wieder gesetzlich zugeschlagen. Es gibt ein neues Versammlungsgesetz, verabschiedet mit rot-rot-grüner Mehrheit. Danach ist es Teilnehmern einer Demonstration, künftig möglich, Utensilien mitzuführen, die geeignet sind, die Identität zu verschleiern. Gleichzeitig wird der Polizei untersagt, bei Demonstrationen, gerade von erkennbar Gewalttätigen, verdeckte Aufklärung durch Zivilkräfte zu betreiben.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat in einem Brandbrief an den Bundesinnenminister darauf hingewiesen, dass gerade beim G20-Gipfel wie aus dem Nichts heraus aus scheinbar friedlichen Demonstranten ein „schwarzer und gewalttätiger Block“ geworden ist, der heftigste Angriffe auf die Polizei gefahren ist. Wendt, selbst gelernter Polizist, wies darauf hin, wie wichtig das frühzeitige Erkennen potenzieller Straftäter durch die verdeckte Aufklärung ist. Im Übrigen geht es auch darum, dass Täter anschließend dingfest gemacht werden können.

Polizisten werden bewusst gefährdet

Durch diese Maßnahme werden objektiv Polizisten in Ausübung ihres Berufes, ihrer Tätigkeit nicht nur behindert, sie werden sogar gefährdet. Radikale Demonstranten hingegen werden geschützt. Sie werden es dem rot-rot-grünen Berliner Senat danken, dass sie sich künftig vermummen dürfen. In der Vergangenheit war es so, dass gemäß Paragraf 11 Bundespolizeigesetz die Bundespolizei die Länder regelmäßig bei Großlagen unterstützen konnte, wie beispielsweise bei Demonstrationen, derer es in Berlin reichlich gibt. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden, denn das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Aber wer demonstrieren will, möge dies bitte friedlich und mit offenem Visier tun und nicht vermummt.

Er habe deshalb, so der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer, Bundesinnenminister Seehofer angeschrieben und gebeten zu prüfen, ob unter solchen Rahmenbedingungen künftig noch die Bundespolizei in Berlin eingesetzt werden könne, denn sie sei genauso gefährdet wie die Berliner Polizei. Nur die Zuständigkeit für den Einsatz liege beim Bund. Deshalb würde es Sinn machen, dem SPD-Innensenator Geisel, früher Mitglied der SED, deutlich zu machen, dass er künftig bei diesen Rahmenbedingungen auf die Bundespolizei verzichten muss. Im Übrigen musste Geisel bei der Frage des Antidiskriminierungsgesetzes seinen Länder-Innenministerkollegen zusichern, dass die Beweislastumkehr zu Lasten der Polizei bei gemeinsamen Einsätzen nicht unter das Berliner Antidiskriminierungsgesetz falle. Die Beweislastumkehr betrifft nur (!) die Berliner Polizisten. Was für eine Schmach für die Berliner Polizisten! Es bleibt zu hoffen, dass die Berliner bei der Senatswahl in diesem Jahr diesem politischen Tollhaus ein politisches Ende bereiten.

Kreistagsfraktion in 2016 – 2021

180 Initiativen im Kreistag des Lahn-Dill Kreises

180 Einsätze für Bürger, Verbände und Schulen im Kreis

(red). Auf der Grundlage von rund 200 Besuchen von Schulen, Grundschulen, weiterführenden Schulen, Förderschulen, Firmen kleinerer und größerer Art, Gesprächen mit Verbänden wie Sängerbünden, Sportkreis und vielen anderen mehr, hat die CDU-Kreistagsfraktion in der abgelaufenen Legislaturperiode rund 180 Anträge gestellt. Die meisten wurden von SPD, FWG, den Grünen und FDP abgelehnt. Aber bei einigen konnte sich die Union trotz ihrer Oppositionsrolle durchsetzen.

Größter Erfolg für die CDU: Neubau des Schulzentrums

Zur Erinnerung, unmittelbar nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2016 hatte die neue Regierungskoalition noch einmal beschlossen, Goetheschule, Theodor-Heuss-Schule und Käthe-Kollwitz-Schule im Bestand über einen Zeitraum von ca. sechs Jahren sanieren zu wollen, nachdem die CDU in den vergangenen Jahren mehrfach den Versuch unternommen hatte, eine räumliche Trennung des Mammutkomplexes durch einen Neubau ein oder zweier Schulen im Bereich der Spilburg und der Totalsanierung der dritten Schule am bestehenden Standort zu erreichen. Dies war immer abgelehnt worden. Nachdem der Kreistag erneut diesen unsinnigen Beschluss gefasst hatte, ergriff die CDU letztmalig die Initiative und erklärte gegenüber dem Landrat, dass es zwei Möglichkeiten gebe.

Variante 1, dass die Koalition bei ihrem Beschluss bleibt. Dann werde die CDU jedoch bei jeder passenden Gelegenheit die Baumaßnahmen im Bestand und die damit verbundenen Unwägbarkeiten und Pannen thematisieren. Oder aber die Kreiskoalition sei bereit, einen Kompromiss einzugehen, den die CDU im Sinne der Sache anbiete, nämlich im Bereich der Spilburg eine Schule neu zu bauen und die anderen beiden im Bereich des bestehenden Standortes neu zu bauen. Heraus kam dabei das bekannte Ergebnis: Neubau der Theodor-Heuss-Schule am Standort Spilburg, Neubau der Goetheschule am bestehenden Standort und Sanierung der Käthe-Kollwitz-Schule. Damit erklärte sich die CDU einverstanden.

Parteipolitisch gesehen hätte ihr nichts Besseres passieren können als über sechs Jahre die Misswirtschaft durch Ausbau und Sanierung im Bestand publizistisch zu begleiten. Das war jedoch nicht ihr Ansinnen, denn es ging um die Sache. Einverstanden war man damit, mit der Maßgabe gleichwohl zu prüfen, ob nicht auch die Käthe-Kollwitz-Schule einen Neubau bekommt. Dies wurde seinerzeit zunächst abgelehnt, wird aber auf Drängen der CDU jetzt doch stattfinden.

Weitere Erfolge von CDU-Initiativen

Dazu gehört:

- Neubau der Turnhalle Heisterberg, die 2016 abgebrannt war und für deren Wiederaufbau sich die CDU unverzüglich eingesetzt hatte
- Räumliche Abtrennung der Turnhalle in Biskirchen
- Anbau an der Grundschule Waldgirmes, der seinerzeit von Dezernent Schreiber (Grüne) immer abgelehnt wurde, wobei der Anbau nicht ausreichend ist!
- Schrittweise Ausbau der Videoüberwachung an Schulgebäuden
- Halbierung der Jagdsteuer, die Unterstützung der Kinderschutzambulanz, angedockt an das UKGM
- Einführung eines Jugendtaxis
- Unterstützung des Frauenhausvereins
- Erhalt des Naturschutzzentrums Hessen
- Erhalt des Insolvenzgerichtes in Wetzlar
- Erhalt der Müllbehelfsausfahrt Aßlar
- Ausbau der Ehrenamtscard, wobei man feststellen muss, dass die Kreiskoalition für die Ehrenamtscard wenig Engagement aufgebracht hat

Abgelehnte Anträge im Bereich Schule

Stichwortartig seien die Anträge genannt

- Erarbeitung einer Schulbauprioritätenliste
- Verbesserung der Auslastung der Schulmensen
- Barrierefreiheit an Schulen
- Reduzierung der Schulcontainer an heimischen Schulen
- Ertüchtigungsprogramm für Schulsportanlagen
- IT-Ausstattung pro Schule von 10.00 Euro
- Aufwertung der Schulsekretariate
- Verbesserung des Hausmeistereinsatzkonzeptes
- Mehr Budgetfreiheit für die heimischen Schulen
- Sicherstellung zeitgemäßer Schülerbeförderung
- Verbesserung der Hygienestandards an heimischen Schulen
- Erhalt aller Förderschulen
- Sanierung der kooperativen Gesamtschule Hüttenberg endlich vollenden
- Parkplatzkonzept für Kaufmännische Schulen Dillenburg
- Lösung der Raumprobleme an der Grundschule Roßbachtal
- Zwei-Felder-Turnhalle für die Grundschule Ulmtal
- Verkehrssicherheitsmaßnahmen an der Steinschule Wetzlar
- Sanierung der Turnhalle der Aartalschule Bischoffen
- Sanierung der Grundschule Eibach

Abgelehnte Anträge im Bereich Wirtschaft und Umwelt

- Handwerkerparkausweise
- Aufträge in kleinen Losen vergeben
- Mehr Sorgfalt bei Ausschreibungen, um unnötige Nachforderungen zu vermeiden
- Konzept zur Entsorgung von Elektromüll
- Stand der Ladeinfrastruktur im Bereich E-Mobilität

Abgelehnte Anträge im Bereich Verkehr und Infrastruktur

- Lärmschutz entlang der A 45 und B 49
- Weiterbau der A 49
- Kreisellösung im Bereich der B 253 Eschenburg
- Besseres Kreisstraßenunterhaltungsmanagement
- Konzept zur Unterstützung von Schwimmbad-Kommunen

Abgelehnte Anträge im Bereich Familie und Soziales, Freizeit und Kultur

Erhalt der Krankenhäuser, nachdem SPD-Krankenhausexperte Lauterbach zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung öffentlich gefordert hatte, die Hälfte der Krankenhäuser zu schließen

- Ausbau der Telemedizin
- Erhalt der Geburtsstation Ehringshausen
- Verfügungsfonds für Pflegefamilien
- Förderung von KALEB
- Entwicklung des Bootstourismus mit entsprechender Infrastruktur
- Tourismuskonzept mit konkreten Umsetzungsvorschlägen

Abgelehnte Anträge im Bereich Sport

- Unterstützung für den Ausbau des Höllkopfstadions Driedorf
- Gegen ein Kunstrasenverbot
- Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien
- Ausbau der Ehrenamtscard
- Keine Hallennutzungsgebühren für Vereine

Abgelehnte Anträge im Bereich Innere Sicherheit

- Videoüberwachung an Schulgebäuden (dieser Antrag wurde zweimal abgelehnt, bis es dann eine leichte Lockerung gab)
- Vandalismus-Bericht
- Aktionsplan gegen Vandalismus
- Unterstützung des Freiwilligen Polizeidienstes
- Fahrsicherheitstraining für Feuerwehren
- Brandschutz mit Augenmaß
- Brandschutzkoffer für Einsätze in Schulen

Abgelehnte Anträge im Bereich Verwaltung und Finanzen

- Erhöhung der Azubi-Stellen in Zukunftsbereichen
- Aufgabenbeschreibung der Verwaltung
- Stärkere Einbeziehung von Personalrat und Mitbestimmungsgremien in Baumaßnahmen

Soweit ein kleiner Auszug, der keinen Vollständigkeitsanspruch erhebt, bezogen auf einige CDU-Anträge.

Im Umkehrschluss folgt daraus, dass diese Initiativen, soweit die Initiativen an Aktualität nichts eingebüßt haben, in der nächsten Legislaturperiode wieder gestellt werden, wobei die Hoffnung natürlich die ist, dass die Union in die Regierungsverantwortung eingebunden wird. Frischer Wind nach 35 Jahren SPD und FWG täte dem Kreis gut. Leider hat die FDP diese Chance seit fünf Jahren verpasst., denn nur durch die Zusage der FDP an SPD, FWG und Grüne, von denen die FDP in der Legislaturperiode zuvor häufig und heftig kritisiert und beschimpft worden war, war es möglich, dass sich die Koalition aus SPD, FWG und Grünen noch einmal in das politische Ziel retten konnte, nachdem sie ihre Mehrheit bei der Kreistagswahl 2016 verloren hatte. Das Ergebnis einer Vierer-Konstellation, die keinerlei Impulse hervorgebracht hat, auch nicht hervorbringen kann, weil man vier sehr unterschiedliche Partner zusammenbinden musste. Der einzige Kitt war der Erhalt der Macht, alles andere, wie Inhalte, Perspektiven und Initiativen, ordnete sich unter. Zeit also, diese Koalition endlich abzulösen.

Bundesvorsitzende kämpft für kommunistische Gesellschaftsordnung

Wann zeigen SPD und Grüne der SED/Linkspartei endlich die Rote Karte?

(red). In drei Bundesländern gibt es Koalitionen von SPD, Grünen und der mit der SED rechtsidentischen Linkspartei. Mit einer Partei, die jetzt eine bekennende Kommunistin zu einer ihrer zwei Bundesvorsitzenden gewählt hat und deren Ziel es ist, das kapitalistische System zu überwinden. Janine Wissler, jung an Jahren, im Denken des frühen letzten Jahrhunderts stehengeblieben, war zu dem Zeitpunkt, als sie bekanntgab, für den Bundesvorsitz zu kandidieren, Mitglied von „Marx21". Hierzu muss man sagen, dass es im Moment in der Linkspartei zum vermeintlich guten Ton gehört, dass wie selbstverständlich auch extremistische Gruppierungen zu den Verbündeten zählen. So zum Beispiel die Sozialistische Linke, die Antikapitalistische Linke, die Kommunistische Plattform, dazu gehörte Sahra Wagenknecht, und eben „Marx21". Die Gruppierungen innerhalb der Partei arbeiten nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf einen „grundsätzlichen Systemwechsel" hin. Ziel dieser Gruppen ist die kommunistische Gesellschaftsordnung, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Wie sagte doch Wissler bei einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Kongress? „Marx ist Muss". Man sollte den Begriff „Kommunismus nicht aus den Wörterbüchern tilgen". Eine klassenlose Gesellschaft lasse sich nicht einführen über Parlamente oder Regierungen. Mit anderen Worten, radikale Minderheiten würden statt der Parlamente die Macht ausüben.

Wörtlich heißt es in den Leitsätzen der von Wissler mitbegründeten Gruppierung „Marx21: „Die Linke kann das Kapital schlagen, wenn Massenbewegungen bereit und in der Lage sind, die herrschende Klasse zu enteignen und den bestehenden undemokratischen Staatsapparat durch Organe der direkten Demokratie zu ersetzen." Die ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtete Sozialistische Linke, der Wissler ebenfalls angehörte, erklärte, dass ihr Ziel eine sozialistische Demokratie sei, in der nicht nur ein Parlament, sondern die Menschen durch Rätestrukturen mit entscheiden. Wissler versucht durch das Ruhen der Mitgliedschaft in den beiden genannten Gruppierungen sich nach außen etwas moderater zu geben, hat aber gleichzeitig betont, dass sie sich nicht (!) von deren Positionen distanziere.

Es ist immer wieder erstaunlich, dass demokratische Parteien wie SPD und Grüne, bereit sind, mit Verfassungsfeinden gemeinsame Sache zu machen. Mit einer Linkspartei, die bis vor das Bundesverfassungsgericht darauf geklagt hat, als rechtsidentisch (!) mit der SED der ehemaligen DDR betrachtet zu werden. Und deshalb ist es richtig, wenn man von der Linkspartei als der umbenannten SED spricht. Die SED war jedoch die Partei im unfreien Teil Deutschlands, die für Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Bespitzelung durch die Staatssicherheit stand.

Und es ist immer wieder erschütternd, festzustellen, wie selten Medien diesbezüglich ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich objektiv und parteiübergreifend kritisch zu berichten, nicht nachkommen.

14 März 2021 CDU LISTE 1

Digitale Diskussion mit Finanzminister Boddenberg

Boddenberg: Bund hat sich „sehr ordentlich“ verhalten

(wf). Hessens Finanzminister Michael Boddenberg sieht das Bundesland aus seiner Sicht der Verantwortung für die Finanzen „dank Corona“ und der daraus resultierenden negativen wirtschaftlichen Folgen in einer schwierigen Lage. Zugleich verweist er dabei jedoch auf die eingeleiteten Maßnahmen, vor allem die Bildung des Sondervermögens neben dem ordentlichen Haushalt, und erkennt erfreulicherweise neben einer entgegen auch seinen eigenen Befürchtungen etwas weniger dramatischen Entwicklung doch auch klares Licht am Ende des Tunnels. Insbesondere den Kommunen macht der Finanzminister Mut, weil diese „relativ unbeschadet aus der Krise herauskommen“ könnten.

Für das Land Hessen selbst geht Boddenberg im Zeitraum 2020 bis 2023 von Steuermindereinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro aus. In der gleichen Größenordnung bewegten sich auch die Steuerausfälle der Kommunen. „Diese Löcher müssen gestopft werden“, was bedeute: das Land muss helfen. Die Kommunen brauchten Planungssicherheit, was auf der Basis der Stabilisierung des kommunalen Finanzausgleichs möglich werde.

An dieser Stelle lobte der hessische Finanzminister im Rahmen einer digitalen Gesprächs- und Diskussionsrunde mit CDU-Mandatsträgern aus dem Lahn-Dill-Kreis ausdrücklich den Bund, der sich den Ländern und Hessen gegenüber „sehr ordentlich“ verhalten und auf vielfältige Weise geholfen habe. So sind zum Beispiel von den fünf Milliarden Euro, die bisher an die hessischen Kommunen „delegiert“ worden seien, zwei aus Berlin gekommen.

Hessens Finanzminister Michael Boddenberg

Das im Juli 2020 vom Landtag mehrheitlich beschlossene Sondervermögen, in dem alle Maßnahmen des Landes zur Bewältigung der Pandemie transparent sowie für Parlament und Öffentlichkeit nachvollziehbar ausgewiesen werden, ermöglicht Ausgaben von bis zu zwölf Milliarden Euro. Klar ist laut Boddenberg, dass dieses Sondervermögen über viele Jahre hinweg aus dem Kernhaushalt des Landes wieder getilgt werden müsse. Dabei geht der Finanzminister optimistisch davon aus, dass der Finanzrahmen von zwölf Milliarden Euro nicht ausgeschöpft werden muss. Die Klage der Opposition gegen dieses Sondervermögen, nannte Boddenberg „etwas für das Schaufenster“.

Die Pandemielage bleibe angespannt, stellte Boddenberg fest. Die zu ihrer Bekämpfung auf Bundesebene beschlossenen und von den Ländern mitgetragenen und umzusetzenden Maßnahmen nannte er „insgesamt o.k.“ und „richtige Schritte“. Die weiteren erforderlichen Maßnahmen sollten allerdings nicht mehr nur an einer Zahl - „Weg von der Starrheit des reinen Inzidenz-Wertes“ -, sondern an unterschiedlichen Entscheidungskriterien ausgerichtet werden: zusätzlich am R-Wert, der Lage in den Krankenhäusern, der Impfquote und den jetzt zunehmenden Testungen. Für den 23. März sei vorgesehen, die Wirkungen der aktuell beschlossenen Maßnahmen zu evaluieren. Nicht zuletzt im Blick auf die Wirtschaft im Land befürwortet Boddenberg die „leichten Öffnungen“, mit denen der Lockdown gelockert werde. Die Folgen aber müssten genau beobachtet und dann geprüft werden, was weiter möglich sei.

In den hessischen Impfzentren könnten laut Boddenberg 50.000 Menschen täglich geimpft werden. Derzeit stünden aber nur 18.000 Impfdosen zur Verfügung. Das müsse und werde sich bessern, so dass Ende März/Anfang April mit wesentlich höheren Impf-Zahlen zu rechnen sei. Der Betrieb der Impfzentren übrigens koste das Land Hessen 50 Millionen Euro pro Monat.

Oberstaatsanwalt in Berlin:

„Der Rechtsstaat ist hier am Ende“

(red). Dies ist zugleich der Titel eines Buches, das aktuell von Oberstaatsanwalt Ralph Knispel, Jahrgang 1969, Vorsitzender der Vereinigung Berliner Staatsanwälte und aktuell Leiter des Kriminalgerichtes Berlin Moabit, erschienen ist. Knispel weiß, wovon er spricht. Die „Berliner Zeitung“ berichtete vorab über dieses Buch, das gewollt oder ungewollt allen Kritikern der Berliner Innen- und Justizpolitik recht gibt. Polizeiliche Ermittler, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Einsatzorten oder Gerichtsterminen fahren müssen, weil gerade kein Dienstfahrzeug zur Verfügung steht, veraltete Computertechnik, langes Warten auf Ergebnisse der Kriminaltechnik, personelle Unterbesetzung, um nicht zu sagen Personalnotstand. Ein Skandal, so Knispel, dass Strafprozesse nicht stattfinden können wegen hoffnungsloser Überlastung der Gerichte, da über Monate kein Hauptverhandlungstermin anberaumt werden kann, Schwerkriminelle, die wegen einer Fristverletzung aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen - das sei Justizalltag.

Berlin krimineller Hotspot

Berlin ist die gefährlichste Stadt Deutschlands mit jährlich wechselnden registrierten Straftaten von ca. 15.000 pro 100.000 Einwohner. Damit steht Berlin deutschlandweit unangefochten auf Platz 1.

Niedrigste Aufklärungsquote

Dazu passt, dass die Aufklärungsquote in Berlin zwischen 42 und 45 Prozent schwankt. Schlechter ist kein Bundesland. Direkt dahinter das ebenfalls rot-rot-grün regierte Bundesland Bremen. Die beste Aufklärungsquote haben traditionell die Bayern mit 65,9 Prozent. Die Hessen engagieren sich mit Rheinland-Pfalz um Platz 2 mit jeweils ca. 64 Prozent Aufklärungsquote. Im Übrigen ein Ergebnis hervorragender Polizeiarbeit, exzellenter Ausrüstung, die die Polizei in den letzten 20 Jahren durch die CDU-geführten (mit verschiedenen Partnern) Landesregierungen erhalten hat. Personalaufstockung wie noch nie - Wünsche gibt es berechtigterweise gleichwohl immer noch -, aber eine Aufklärungsquote bei aller grundsätzlichen Kritikanfälligkeit von Aufklärungsstatistiken (das gilt aber für jedes Bundesland), die für Hessen einmalig sind. Zu erinnern ist an die Zeit Mitte der 90er Jahre. Da lag die Aufklärungsquote etwa so wie heute in Berlin, nämlich bei ca. 45 Prozent. Wenn man sich das in Erinnerung ruft, dann weiß man, welch großen und guten Weg Hessen im Bereich der Inneren Sicherheit genommen hat.

Das Fazit von Knispel ist, dass der Rechtsstaat in Berlin versagt hat. Er kommt seinen Aufgaben zur Wahrung der Inneren Sicherheit lange nicht mehr in dem Maße nach wie es seine Pflicht wäre. Ein mit Sicherheit lesenswertes Buch, geschrieben von einem Oberstaatsanwalt, einem Insider, der weiß, wovon er spricht.

Internes Positionspapier aus Bundestagsfraktion enthüllt:

SPD will mehr Asylanten nach Deutschland holen

(red). Dem Nachrichtenmagazin „Focus“ liegt ein internes Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vor, wonach die SPD mehr Flüchtlinge nach Deutschland holen will. Geht es nach der SPD, sollen künftig die Bundesländer in Eigenregie Migranten aufnehmen. Eine Haltung, die Bundesinnenminister Seehofer zu Recht ablehnt. Nur eine europäische Lösung kann nachhaltig zu Veränderungen führen. Nationale Alleingänge spalten die EU.

Die SPD will nun aber das Vetorecht des Bundesinnenministeriums deutlich einschränken. Sie fordert unter anderem auch eine Neuregelung des § 23 Aufenthaltsgesetz. Künftig soll es dort heißen: „Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nicht innerhalb von vier Wochen konkrete sicherheitspolitische oder außenpolitische Bedenken geltend macht.“

Außerdem erdreistet sich die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Positionspapier das Land Berlin aufzufordern, gegen die versagte Zustimmung zum landeseigenen Aufnahmeprogramm Rechtsmittel einzulegen.

Es reicht schon, dass rot-rot-grün-regierte Bundesländer wie Berlin, Bremen oder Thüringen bei weiterem nicht ausreichend Ausreisepflichtige abschieben, weil sie das als eine Art Menschenrechtsverletzung begreifen. Eine Politik, die zu Lasten des deutschen Steuerzahlers und zu Lasten des Wohnungsmarktes geht. Und nun sollen genau diese oder auch andere Länder nach Vorstellung der SPD die Möglichkeit erhalten, in eigener Regie Asylanten aufzunehmen? Absurd.

Solidarität?

Nach Auffassung der SPD sei Solidarität „das Gebot der Stunde“. Deutschland müsse eine „Vorreiterrolle einnehmen“ und deutlich machen: „Wir stehen als offene Gesellschaft für die Aufnahme von Geflüchteten…“ Aus Sicht der SPD sei es unverständlich, „dass verfügbare und von den Geflüchteten dringend benötigte Plätze nicht vergeben werden können“.

Natürlich gibt es Menschen, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil sie dort politisch verfolgt werden. Das ist ein Asylgrund. Wirtschaftliche Gründe sind jedoch für den größten Teil der Asylbewerber kein Asylgrund. Flucht aus wirtschaftlichen Gründen ist menschlich absolut nachvollziehbar, aber eben oftmals kein Asylgrund, Aber genau diese Unterscheidung zwischen Menschlichkeit einer-seits und vorausschauender Politik andererseits gelingt der SPD nicht. Denn wo will die SPD eigentlich die Grenze setzen? Wo ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit?

Dieselben Politiker, die beispielsweise Wohnungsmangel, steigende Mieten und steigende Bodenpreise beklagen, tragen durch ihre gezielte Politik der offenen Grenzen dazu bei, dass der Wohnraum deutlich knapper wird. Das gilt für Grüne, SPD und Linke. Wenn in den letzten fünf Jahren rund drei Millionen Menschen aus unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland gekommen sind, der Staat aber etwa nur 1,5 Millionen Wohnungen gebaut bzw. deren Bau genehmigt hat, dann wird spätestens an diesen zwei Zahlen deutlich, dass der Druck wächst. Auch deshalb ist es notwendig, dafür Sorge zu tragen, dass weniger Menschen nach Deutschland kommen als mehr. Steigende Kriminalität und Schwierigkeiten bei der Integration kommen hinzu.

Man fragt sich, welche Interessen die einstige stolze klassische Arbeiterpartei SPD heute noch vertritt. Die des fleißigen Arbeiters in der Industrie und im Handwerk des Lahn-Dill-Kreises sicherlich nicht. Das Verhältnis zwischen denjenigen, die Tag für Tag ihrer Arbeit nachgehen und Steuern zahlen und denjenigen, die auf Kosten dieser Steuern leben, muss ausbalanciert sein. Sonst kippt unsere Gesellschaft.

Syrischer grüner Bundestagskandidat will, dass alle hier lebenden Menschen wählen können

(red). Die Grünen in Nordrhein-Westfalen haben jetzt einen syrischen Asylanten als Bewerber für ein Mandat im Wahlkreis Oberhausen/Dinslaken für die Wahl zum Deutschen Bundestag im September dieses Jahres aufgestellt. Ein Mann, der noch nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft hat und alleine deshalb nicht kandidieren kann. Wobei die Grünen alles daransetzen, dass er schon nach sechs Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten kann, die im Normalfall eine Mindestanwartschaft von acht Jahren beinhaltet, wobei diese Frist auch viel zu kurz ist, um der Bedeutung der Staatsbürgerschaft gerecht zu werden.

Der von den Grünen aufgestellte Bundestagskandidat kam in Wien (!) im Herbst 2015 an. Flüchtlingshelfer gaben ihm ein Zugticket nach Dortmund, eine illegale Aktion, denn als Ankömmling in Wien, also Österreich, hätte er dort um Asyl nachsuchen müssen. Er hätte anschließend von deutschen Behörden nach Österreich zurückgeschickt werden müssen. Das funktionierte im seinerzeitig rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen nicht. Statt dankbar dafür zu sein, unterstellt, seine Geschichte, die er in der Zeitung „Die Welt“ verbreitete, ist wahr, organisierte er nach kurzer Zeit einen Streik für bessere Lebensbedingungen der sogenannten Flüchtlinge. Heute erklärt er, der sich selbst als Antifaschist, Aktivist und Querulant bezeichnet, dass das Wahlrecht in Deutschland so geändert werden müsse, dass alle hier lebenden Menschen wählen können.

Da kommt doch richtig Freude auf. Sämtliche Asylanten, sämtliche Geduldeten, sämtliche Ausländer sollen hier wählen dürfen. Irgendetwas hat er mit dem Grundgesetz noch nicht ganz verstanden. Er sei an Artikel 20 erinnert, in dem es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, also von denjenigen, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Es bleibt zu hoffen, dass die zuständige Behörde den Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft mit den gleichen Maßstäben misst, wie in anderen Fällen auch, nämlich der Mindestvoraussetzung von acht Jahren.

Irre Debatte

Der Begriff „Clan-Kriminalität“ soll jetzt rassistisch sein Bundestag verschärft Geldwäschegesetz

(red). Der Deutsche Bundestag hat das Geldwäschegesetz verschärft. Aus seiner Sicht, so CDU-Innenpolitiker Hans-Jürgen Irmer, eine richtige Entscheidung. Schon vor wenigen Jahren hatte der Bundestag in diesem Zusammenhang die Beweislastumkehr beschlossen. Danach müssen Menschen, häufig genug in den klassischen Clans organisiert, nachweisen, wo sie ihre Millionen für Luxusvillen und Luxusautos herhaben. Dies insbesondere dann, wenn diese Personen keiner geregelten Arbeit nachgehen. Eine völlig richtige Entscheidung, denn die empfindlichste Stelle, an der man Kriminelle aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität treffen kann, ist ihr Geld.

So wurden beispielsweise 2018 in Berlin 77 Immobilien im Gesamtwert von 9 Millionen Euro beschlagnahmt. Die Tatverdächtigen kamen, wie so häufig, aus dem arabischstämmigen Bereich, wobei gerade in Berlin Araber und auch Türken aktuell durch unglaublich gewaltbereite Tschetschenen-Banden schwer unter Druck geraten. Es herrscht diesbezüglich in Berlin ein unerbittlicher Bandenkrieg.

Zusätzlich hat jetzt der Bundestag das Geldwäschegesetz verschärft, denn es geht künftig beispielsweise nicht mehr um Vermögen aus Drogenhandel oder Schutzgelderpressung, sondern jede auch bereits verjährte Straftat reicht damit aus, so dass nachgewiesen werden muss, wo das Vermögen herkommt.

Mafia-Jäger empfiehlt Geldwäsche in Deutschland: „Hier kann ich nicht abgehört werden“

Leider ist es immer nur die Spitze eines Eisberges an, der gekratzt wird, wenn Razzien durchgeführt werden. Hotspots für Clan-Kriminalität sind Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Erfreulicherweise wurden jedoch in den letzten Jahren gerade in Nordrhein-Westfalen sehr intensiv Razzien durchgeführt. Aber viel spielt sich im Verborgenen ab.

Nach Aussage des SPD-Finanzministers geht man von rund 100 Milliarden Euro aus, die schmutzig sind und durch Investitionen reingewaschen werden. Von dem italienischen Staatsanwalt und Mafia-Jäger Scarpinato war hierzu ein bemerkenswertes Zitat zu vernehmen: Wenn er Mafioso sei, würde er in Deutschland investieren, weil er hier nicht abgehört werden könne. Damit legt er völlig zu Recht den Finger in die Wunde unseres Rechtsstaates. Aus übertriebenem Datenschutz können unsere Sicherheitsbehörden trotz technischer Möglichkeiten nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Straftäter zu überführen.

Verschärfungen wie Quellen???, TKO, Wohnraumdurchsuchungen, Onlinedurchsuchungen… scheitern an unterschiedlichen politischen Konstellationen in der Regel an Grünen, SED/Linkspartei, in Teilen an der SPD oder auch an der FDP. Unter der Überschrift „Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“, die als unverhältnismäßig betrachtet werden, werden Kriminelle dadurch nicht nur indirekt, sondern direkt begünstigt, ihrem kriminellen Tun weiter nachzugehen - zu Lasten des unbescholtenen rechtstreuen Bürgers.

Rassismus?

Welche Blüten diese Diskussionen teilweise in linken Kreisen treiben, kann man daran erkennen, dass zum Beispiel die SPD-Arbeitsgruppe Migration und Vielfalt fordert, den Begriff Clan-Kriminalität als Konzept des Racial Profiling zu streichen. Die linksextreme Innenpolitikerin der SED/Linkspartei, Ulla Jelpke, hält den Begriff der Clan-Kriminalität für „diskriminierend“. Damit würde nur die „rassistische Karte“ gespielt werden. So kann man auch Politik machen, die Augen vor der Realität verschließen.

Kletterwald in Wetzlar muss schließen

Stadt Wetzlar verliert sich in Bürokratie

(red). Der Kletterwald in Wetzlar war 15 Jahre ein äußerst beliebter Treffpunkt für Familien, junge Leute und alle, die es in die luftige Höhe treibt. Jetzt hat, so war der Tageszeitung zu entnehmen, der Betreiber Simon Karl die Reißleine gezogen, weil die Genehmigung der Stadt Wetzlar nicht rechtzeitig eintraf. Statt unbürokratisch die Weiterführung zu genehmigen – bei Wahrung bestimmter Auflagen -, verwies die Stadt darauf, dass die Genehmigung für den Kletterwald abgelaufen sei, so dass ein neuer Genehmigungsantrag vorgelegt werden müsste.

Bürokratie pur

Da besteht ein Kletterpark seit 15 Jahren, Corona-bedingt wird er zeitweise nicht genutzt, aber trotzdem sorgsam instandgehalten, und dann erklärt die Stadt es müsse ein komplett neuer Antrag gestellt werden. Jeder, der schon einmal Anträge gestellt hat weiß, welcher Aufwand damit verbunden ist. Was also bleibt dem Betreiber übrig? Er stellt den Antrag. Dieser ging Ende letzten Jahres bei der Stadt ein.

Kortlüke (Grüne): Antrag kann nicht bearbeitet und genehmigt werden

Fakt ist, der Bauantrag wurde Ende letzten Jahres gestellt. Dem Vernehmen nach sollte die Genehmigung Anfang Februar erfolgen. Das hätte gereicht, um alle Maßnahmen für 2021 in die Tat umsetzen zu können. Doch es gab keine Genehmigung. Begründung des Stadtrates Norbert Kortlüke (Grüne): „Wir können einen Bauantrag nur rechtssicher prüfen, wenn alle Unterlagen eingereicht werden.“ Das sei nicht der Fall gewesen. Deshalb hätte der Bauantrag nicht bearbeitet und bisher nicht genehmigt werden können. Da können wir nur sagen:

„Verehrter Herr Stadtrat, wie wäre es denn gewesen, wenn nach Eingang des Bauantrages ein Experte Ihres Hauses diesen Antrag zeitnah bearbeitet hätte, um mit dem Betreiber möglicherweise fehlende Unterlagen kurzfristig zu besprechen? Wie wäre es denn gewesen, wenn Sie auf diese Weise den Servicegedanken und den Dienstleistungscharakter Ihrer Behörde positiv unter Beweis gestellt hätten? Wie wäre es denn gewesen, wenn Sie Ihre Bürokratie zur Seite gelegt und erkannt hätten, dass wir alle gemeinsam an der Attraktivität unseres Standorts arbeiten müssen? Vom Dezernenten-Schreibtisch sieht die Welt offenbar etwas anders aus.

Das Ergebnis Ihrer Mentalität lautet: Ein weiterer fleißiger Unternehmer hat das Handtuch geworfen. Wetzlar ist um eine Attraktion ärmer. Bravo!“

Hamed Abdel-Samad,

Aus Liebe zu Deutschland. Ein Warnruf.

dtv, Hardcover mit Schutzumschlag, 224 Seiten, 20 Euro

Hamed Abdel-Samad verdient unseren Respekt. Vielleicht sogar unsere Bewunderung. Denn er hat inzwischen sein ganzes Leben – und das im wahrsten Sinne des Wortes -einer Sache gewidmet: Dem Kampf gegen islamischen Fundamentalismus, dem Kampf für unsere Freiheit. Richtig, er schreibt mit sehr spitzer Feder, er bricht Tabus, er spricht klare Worte und provoziert. Aber seine Auseinandersetzung mit dem Islam bleibt dabei immer intellektuell, sachlich, einfühlsam und friedlich. Egal, das reicht aus, um viele Muslime in der ganzen Welt gegen sich aufzubringen. Islamische Führer haben eine Fatwa gegen ihn ausgesprochen, seitdem kann Hamed Abdel-Samad nicht mehr frei leben. Er wird ständig von Personenschützern bewacht, muss andauernd seinen Wohnsitz ändern. Für den Rest seines Lebens. Aktueller denn je zeigt sich die Bedrohungslage für Kritiker des Islam. Da wird einem Lehrer auf offener Straße der Kopf abgeschnitten. Nicht etwa, weil er den Islam kritisiert hat. Nein, weil er den Schülern erklärte, dass man das darf.

Ich gebe es zu, ich möchte Sie überzeugen, sein Buch zu lesen. „Aus Liebe zu Deutschland“ ist so geschrieben, dass es jeder lesen und verstehen kann. Kein intellektuelles Fachchinesisch, kein mahnender Moralismus. Stattdessen Hingabe, Idealismus, Ehrlichkeit, Überzeugung. Zudem ein sehr angenehmer Schreibstil.

In seinem Buch gibt es autobiografische und persönliche Betrachtungen ebenso wie philosophische und politische Gedanken. Er berichtet über Gespräche mit Historikern oder Schriftstellern, die Kapitel sind nicht allzu lang und übersichtlich gehalten. Diesmal kritisiert er aber nicht nur den Islam, sondern alle Ideologen – Rechte wie Linke – nie mit erhobenem Zeigefinger, sondern klug und zielorientiert. Sein Schreibstil ist nie wütend oder anklagend, sondern empathisch, seine Argumente für jedermann klar verständlich, trotzdem auf einem hohen intellektuellen Niveau.

Wir dürfen unsere Freiheit nicht für selbstverständlich nehmen, schreibt Abdel-Samad. Freiheit ist viel mehr als nur die Wahrung der eigenen Interessen. Wo Freiheit herrscht, hört man auch nicht nur das, was man gerne hört. Freiheit ist da eher wie ein Fußballspiel: Es wird gerungen, geschoben, geklammert und gelegentlich auch mal gefoult. Und wenn beim Kampf um die Freiheit alle nur zuschauen, geht das schief. Es braucht klare gemeinsame Werte und Spielregeln, fehlen die, entsteht ein Vakuum, das extremistische Kräfte von links und rechts zu füllen versuchen, oder eben auch die Islamisten.

Bei vielen Streitthemen sieht Abdel-Samad eine zunehmend vergiftete Streitkultur und, was ihn fast noch mehr beunruhigt: eine politische Mitte, die aus Sorge, intolerant zu wirken, schweigt und sich raushält.

Besonders eindringlich erkennbar am Problem der Migration. Selbstbewusste Migranten, die sich weder als religiös noch als Opfer inszenieren, will man nicht hören. „Ohne Leitkultur macht Willkommenskultur keinen Sinn.“ Die unsichere Identität der Deutschen lädt Zuwanderer nicht ein, im Gegenteil, sie ermutigt sie geradezu, sich abzugrenzen. Eine bessere Migrationspolitik beginnt deshalb mit einem anderen, selbstbewussten Blick auf uns selbst, so Abdel-Samad.

Es sieht so aus, als bedürfe es eines zugewanderten Deutschen, um uns klarzumachen, wie kostbar die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften hier in unserem Lande sind und wie wenig selbstverständlich ihre Dauer ist.

HAMED ABDEL-SAMAD, geboren 1972, studierte Sprachen und Politik. Er arbeitete für die UNESCO, am Lehrstuhl für Islamwissenschaft in Erfurt und am Institut für Jüdische Geschichte und Kultur in München, er war Mitglied der Deutschen Islam Konferenz. Seine Bestseller sorgen immer wieder für Aufsehen.

CDU Braunfels pflegt Tradition

Bewohner der Senioren- und Pflegeheime freuen sich über Leckereien

(C.L.) Der CDU-Stadtverband Braunfels gab den Bewohnerinnen und Bewohnern der Braunfelser Senioren- und Pflegeheime an Altweiberfasching wie Faschingsdienstag ein Stück Normalität zurück. Jedes Jahr richten die Christdemokraten einen Kaffeenachmittag in den Einrichtungen aus. Dabei stehen neben Kaffee und Kuchen das Gespräch als auch die Musik im Vordergrund.

Auch in diesem Jahr blieb die CDU dieser Tradition treu, aber leider ohne fröhliches Miteinander und Musikdarbietung. Es standen vielmehr Kuchen und Kräppel im Fokus, die durch die Vorsitzende Carmen Lenzer, ihren Stellvertreter Hans-Werner Maurer und Fraktionschef Sascha Knöpp an das Fliedner-Haus, das Solmser Heim und das Seniorenzentrum Falkeneck geliefert wurden. Carmen Lenzer zeigte sich erfreut, dass alle drei Institutionen das Angebot der „Kuchen- und Kräppellieferung“ in der Faschingszeit angenommen haben. Fröhliche Bilder und nette Kommentare in den Sozialen Medien bestätigen, dass die Aktion der CDU gut angekommen ist und die Bewohner sich gefreut haben. Lenzer bestätigte, dass die CDU Braunfels der Tradition treu bleiben will.

Berliner Juso sinniert über Erschießung von „Vermieterschweinen“

(red). Es ist der Bild-Zeitung zu verdanken, die einen Juso-Funktionär aus Berlin enttarnte, der durch Verschlüsselung von Buchstaben deutlich zu erkennen gab, dass man Gegner erschießen kann. Im Internet ist es häufig der Fall, dass Buchstaben durch Zahlen oder Symbole ersetzt werden. Seine auf Twitter geschickten Botschaften lauteten wie folgt:

„JungL1B€RA£€ €R5H007€N WANN? Übersetzt heißt das „Jungliberale erschießen wann?“ Ein anderer Tweet las sich wie folgt:

„EinV€RM1€7€RSCHW€!N persönlich zu €RSH0073N…“ Übersetzt: „Ein Vermieterschwein persönlich zu erschießen, kann hilfreich sein, aber muss nicht notwendig Voraussetzung sein.“ Etwas weniger verschlüsselt war die Aussage des Jungsozialisten Rüstemeier, Mitglied des erweiterten Landesvorstandes der Berliner Jusos, gegen Amazon-Gründer Jeff Bezos: „Sollte Jeff Bezos eines Tages unerwartet den Folgen einer Sprengstoffverletzung erliegen, käme ich nicht umhin, eine klammheimliche Freude zu verspüren.“

Statt sich nunmehr öffentlich davon zu distanzieren, kommentierte ein Mitglied der Jusos aus Berlin-Mitte diese Erschießungsfantasien mit der Formulierung: „Ich lese nur konkrete Lösungsansätze zur Bekämpfung der Gentrifizierung.“

Es gab dann, offensichtlich aufgrund massiven Druckes, einen Post der Jusos Berlin, in dem sie sich allgemein gegen Gewalt aussprechen, ohne allerdings konkret auf diesen Genossen einzugehen. Auch das sagt eine Menge über die wahre Richtung aus. Die Juso-Hochschulgruppe erklärte für einen kurzen Moment, dass diese Äußerungen jungsozialistische Politik nicht repräsentieren würden, löschte, warum auch immer, den Post aber nach kurzer Zeit wieder. Hintergrund der Juso-Hochschulgruppe ist die Tatsache, dass Genosse Rüstemeier Mitglied im Senat der renommierten Berliner Humboldt-Universität ist.

Die Juso-Bundesvorsitzende Jessica Rosenthal oder andere Spitzenfunktionäre sahen sich außerstande, zumindest bis zum Zeitpunkt des Diktierens dieses Artikels, eine Erklärung oder Entschuldigung oder gar Rücktrittsforderung abzugeben. Es sind die Gleichen, die mit Krokodilstränen bei passender Gelegenheit die Spaltung der Gesellschaft, die zunehmende Gewaltbereitschaft, den Rechtsextremismus – zu Recht – beklagen, ohne den Balken im eigenen Auge zu sehen. Jemand, der öffentlich darüber philosophiert, dass er bei einem gewaltsamen Tod des Amazon-Gründers klammheimliche Freude empfinde, der bewegt sich auf der Ebene der Roten-Armee-Fraktion. Auch damals empfanden Linke „klammheimliche Freude“ über den Tod beispielsweise von Siegfried Buback oder dem damaligen Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen.

Gewalt fängt mit der Sprache an. Sie ist verräterisch, und aus der Sprache entstehen leider allzu oft Gewalttaten. Es wäre an der Zeit, dass die Jusos öffentlich seinen Rücktritt fordern und sich für diese unglaubliche Entgleisung entschuldigen.

Was haben sich diese Richter dabei gedacht? Betreten eines Asylantenzimmers rechtswidrig

(red). Gelegentlich kann man sich ob mancher Urteile unterschiedlicher deutscher Gerichte als normaler Bürger nur an den Kopf fassen. So aktuell bei einem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart. Hintergrund war die Klage eines Asylbewerbers aus Kamerun gegen eine Razzia der Polizei in seiner Asylantenunterkunft. Das Betreten des Zimmers (!) sowie das Anlegen von Einmal-Handschließen seien rechtswidrig gewesen.

Nach Auffassung des Gerichts sei der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des „Migranten“ unverhältnismäßig gewesen, auch weil die Razzia – man glaubt es ja nicht – schon um 5.19 Uhr (!!) morgens stattgefunden habe.

Verhältnismäßigkeit?

Eigentlich könnte man als normaler Bürger davon ausgehen, wenn ein vor dem Krieg, vor Folter und politischer Verfolgung in Deutschland geretteter Asylant hier aufgenommen wird, dass er diesem Staat, der ihn zunächst versorgt, dankbar sein müsste. Sich dann gegen die Gesetze dieses Staats zu stellen und ihn zu verklagen, weil Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes das Zimmer betreten haben, ist unverfroren. Im Juni 2018 wurde eine Klage des Mannes gegen seine Abschiebung abgelehnt. Das hinderte ihn nicht, im Dezember 2018 erneut einzureisen und einen Asylfolgeantrag zu stellen, über den gerichtlich verhandelt wird.

Wenn dann nach zähen Monaten und Jahren der Antrag erneut abgelehnt wird, werden mit Sicherheit Gutmenschen kommen und erklären, dass eine Abschiebung unter humanitären Gründen nun nicht mehr machbar sei, da der Mann schon so lange in Deutschland lebe.

Deshalb wäre es so unendlich wichtig, dass Abschiebemaßnahmen dramatisch verschärft werden. Aber wenn es rot-rot-grün-regierte Bundesländer gibt, die de facto nicht abschieben, obwohl sie dafür zuständig sind, dann muss man sich nicht wundern, dass derzeit etwa 270.000 Asylbewerber auf Kosten des deutschen Steuerzahlers hier leben, die längst ausreisepflichtig sind.

BI Pro Hochstraße

Ein offener Brief zu den derzeit laufenden Planungen zur B 49

(D.P.) Die Europäische Kommission verklagt Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof, weil die Flora-Fauna-Habitat Richtlinie nicht eingehalten wurde. https://ec.europa.eu/germany/news/20210218-kommission-verklagt-deutschland_de

Erhaltungsmaßnahmen, um einen günstigen Erhaltungszustand der dortigen Arten und Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen, sind von Deutschland nicht festgelegt worden. Die Frist für die Vollendung der notwendigen Maßnahmen für alle Gebiete in Deutschland ist in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen.

Wir glauben, dass auch die drei alternativen Trassen zur bestehenden Hochstraße von dieser Richtlinie betroffen sind. Wir fordern die maßgebenden Institutionen, das Land Hessen, das BMVI und Hessen Mobil auf, der Richtlinie zu entsprechen und deshalb die Hochstraße durch Wetzlar auszuwählen! Die bestehende Trasse ist als einzige Alternative richtlinienkonform! Handeln Sie nicht bewusst einer anstehenden Klage zuwider! Die „Naturschutzverbände Lahn-Dill und Stadt Wetzlar“ haben in der *Wetzlarer Neuen Zeitung* (Ausgabe vom 22. Feb 2021; Seite 9) zur geplanten Trassenführung Stellung genommen. Sie kritisieren scharf, dass ausgerechnet die beiden möglichen Trassen westliche von Dalheim (Tunnel und offene Trasse) Ausgleichsflächen beträfen und sprechen sich daher ebenfalls für die Hochstraße oder andere innerstädtische Lösungen aus.

Die Naturschutzverbände präferieren als Alternative – sollten innerstädtische Lösungen nicht umsetzbar sein – die bestehende B 277 durch das Dillfeld. Diesem Punkt widerspricht unsere Bürgerinitiative. Wir haben Kontakt zu universitären Einrichtungen, die im planerischen Umfeld der Raumplanung und Stadtgeographie forschend tätig sind. Von dort wurden wir gewarnt, dass die Alternative über die B 277 als permanente Variante den gegebenen Verkehrsbedingungen nicht standhalten könne. Mit erheblichen und anhaltenden Verkehrsbehinderungen sei zu rechnen. Auch hier fordern wir das Land Hessen, das BMVI und Hessen Mobil auf, eine untaugliche Lösung für die permanente Verkehrsführung auszuschließen!

Eine Entscheidung zur Streckenführung war bereits zum Ende des Jahres 2019 bzw. Anfang 2020 angekündigt. Die Entscheidung ist bereits seit einem Jahr überfällig! Mitte März 2021 finden Kommunalwahlen statt. Unsere BI schließt nicht aus, dass „schlechte Entscheidungen“ aus wahltechnischen Gründen von der Politik zurückgehalten werden könnten. Wenn dem so wäre, wäre es Betrug am Wähler! Auch hier fordern wir das Land Hessen, das BMVI und Hessen Mobil auf, dem zu widersprechen, endlich mit dem Bürger offen zu kommunizieren und die letztendliche Trassenführung noch vor den kommenden Kommunalwahlen zu veröffentlichen.

Die Bürgerinitiative „Hochstraße B49“

Erfreuliches Gutachten des EuGH

Kopftuchverbot am Arbeitsplatz ist zulässig

(red). Ein aktuelles Gutachten des Europäischen Gerichtshofes besagt, dass einer muslimischen Lehrerin das Tragen des Kopftuches am Arbeitsplatz verboten werden kann. Arbeitgeber können größere religiöse Symbole wie das islamische Kopftuch verbieten. Dies stelle, so das Gutachten, „keine unmittelbare Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Weltanschauung von Arbeitnehmern“ dar. Kleinere Zeichen, beispielsweise eine Halskette mit kleinem Kreuz, sind danach denkbar, wenn sie nicht auf den ersten Blick bemerkt werden.

Das Kopftuch, so erklärte Frauenrechtlerin Naila Chikhi vor kurzem, sei ein patriarchales Symbol. Es sei die Fahne des politischen Islam. Der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Franz Josef Jung, drückte es einmal so aus: „Das Kopftuch ist ein Symbol der Unterdrückung der Frau.“ Wie politisch das Kopftuch ist, konnte Chikhi vor wenigen Monaten live an der Frankfurter Universität erleben, als sie versuchte, zum Thema Kopftuch im Rahmen einer Podiumsdiskussion ihre Meinung zu äußern. Daraufhin boykottierte die Gruppe „Studis gegen rechte Hetze“ die Veranstaltung. Die Polizei musste gerufen werden. Soweit zum Thema Meinungsfreiheit und Toleranz.

Es gebe natürlich, so Chikhi, einige muslimische Frauen, die das Kopftuch aus Überzeugung trügen, häufig Frauen aus dem sehr orthodoxen Bereich. Viele Frauen würden aber auch durch ihre Familien gezwungen, das Kopftuch zu tragen. Deshalb plädiere sie grundsätzlich für ein Kopftuchverbot für junge Mädchen bis zum Erreichen der Volljährigkeit.

Wenn eine erwachsene Frau ein Kopftuch trägt, dann muss man das in einer freiheitlichen Gesellschaft akzeptieren. Was man definitiv nicht akzeptieren muss ist, dass Frauen mit ihrem Kopftuch öffentliche Funktionen bekleiden. Lehrerinnen, Polizistinnen oder Richterinnen, sie alle repräsentieren unseren freien Staat. Das Kopftuch als Symbol einer bewussten Abnabelung und Abgrenzung von der säkularisierten Gesellschaft und den damit verbundenen Grundrechten steht damit in krassem Widerspruch.

Das Gutachten stützt unsere freie Gesellschaft und es bleibt zu hoffen, dass die EuGH-Richter sich bei ihrer Urteilsfindung daran orientieren. Es wäre ein wichtiger Beitrag einerseits gegen die Unterdrückung von Frauen und gegen den Versuch der Ideologisierung andererseits.

BI „Hochstraße B 49“

Bundesstraße 49 – wenn die Hochstraße verschwindet Es wird kein Raum frei in der Innenstadt

Der Handel in der Altstadt wird abgeschnitten

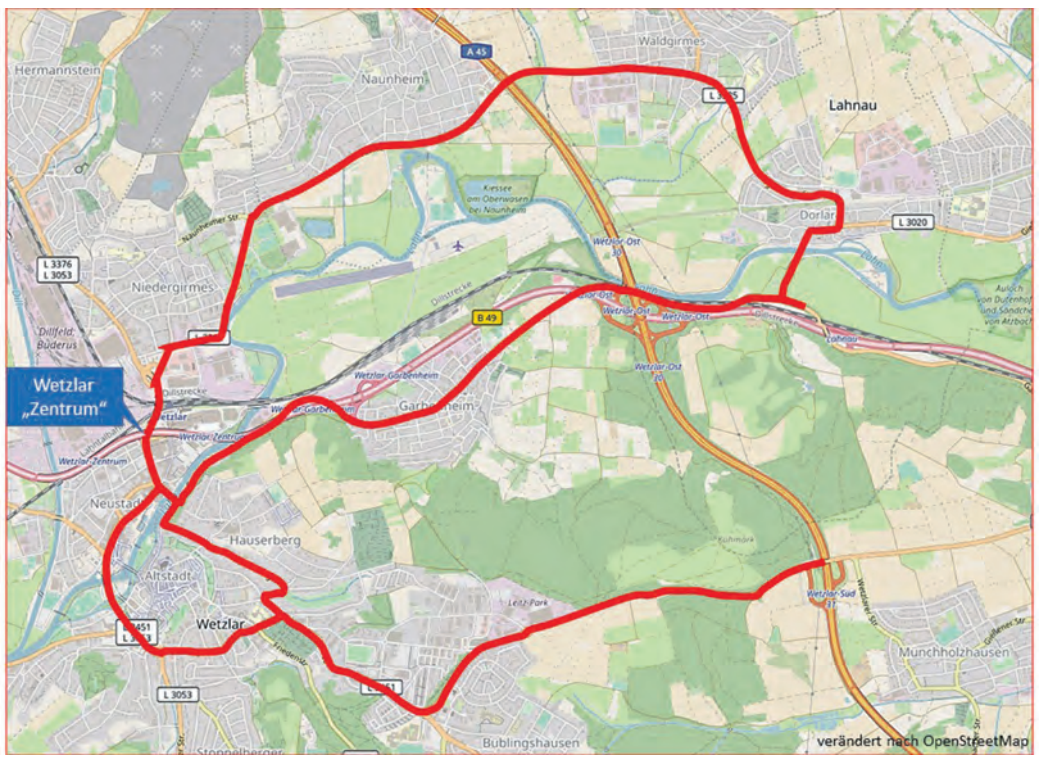
(D.P.) Auch ohne Hochstraße muss man weiter über Lahn und Dill, um zum Gloelknoten zu gelangen. Die wenigen Meter, die dann wegfallen, bringen keinen nennenswerten Raumgewinn (Bild 1).

Direkt unter dem Kloster Altenberg entstünde eine bis zu 30 Meter hohe Rampe mit einem riesigen Dreieck – so die Schätzungen unserer BI. Teile des Abschnitts der B49, der bereits erneuert wurde, fallen erneut dem Bagger anheim. Verschwendung von Steuergeldern?

Die mittelständischen Unternehmen der Region leiden wegen verlängerter Anfahrtswege zu ihren Standorten. Die Bürger in Waldgirmes, Aßlar, Hermannstein, Naunheim, Dorlar und Garbenheim bekommen mehr Lärm. Jede Umfahrung erzeugt ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen auf der Autobahn. Zusätzlich werden die Landstraßen der Region verstopft werden. Man wird sie als Ausweichstrecke nutzen (Bild 2).

Zwischen Waldgirmes und Wetzlar. Zwischen Dutenhofen und Wetzlar und auch die Ortsdurchfahrt von Garbenheim und die Innenstadt. Bereits jetzt von Corona arg gebeutelt, wird der Einzelhandel in der Altstadt weiter von seiner Kundschaft abgeschnitten. Die Kunden fahren an Wetzlar vorbei! Die Altstadt wird dann noch leerer. Will der derzeit verantwortliche Magistrat das wirklich seinen Bürgern zumuten?

Nur die Strecke zwischen den beiden Auffahrten – kurz vor dem Gloelknoten – fällt weg.



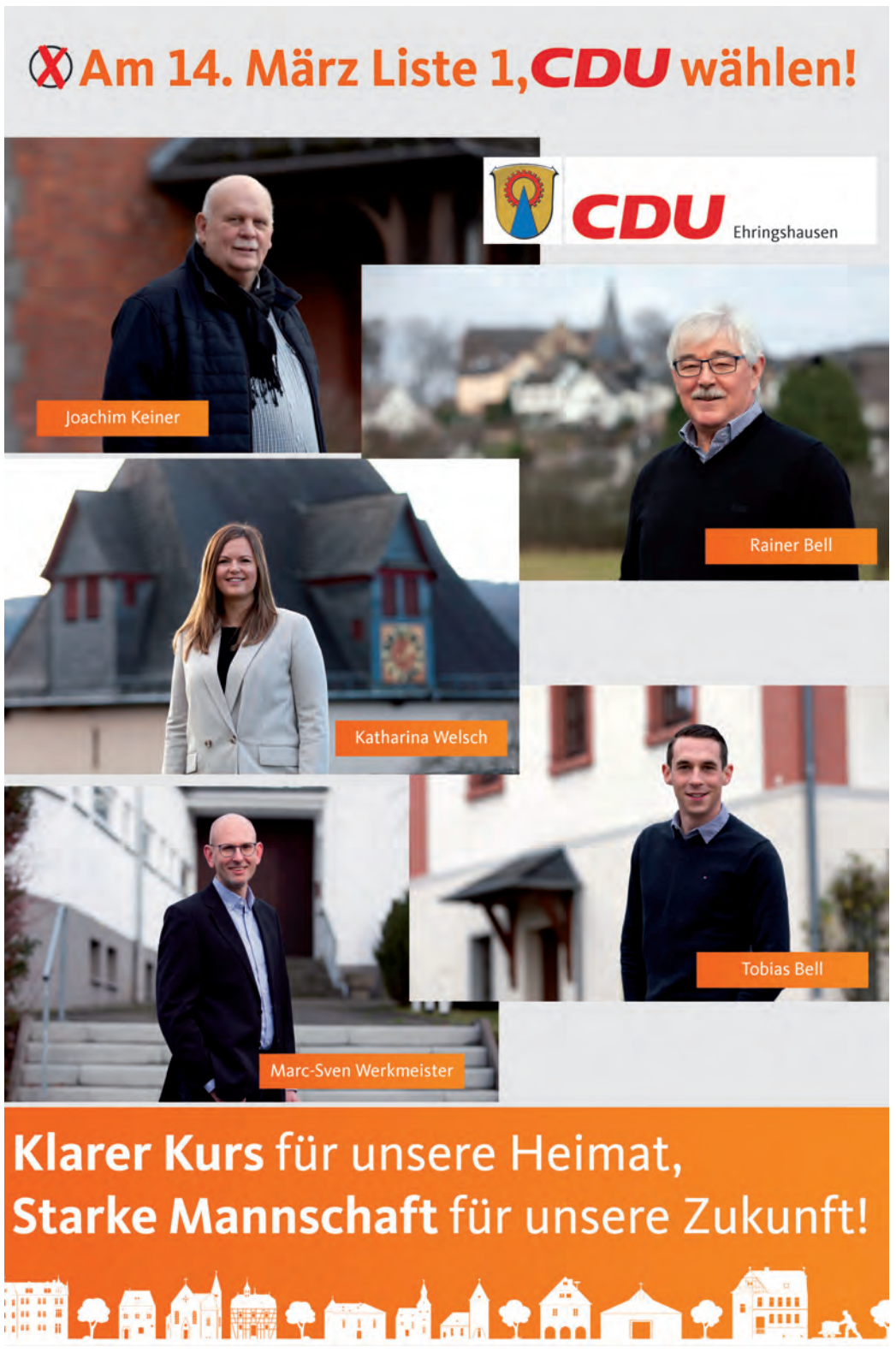
Die „rot“ gekennzeichneten Straßen werden zusätzlich genutzt werden.

CDU zeigt Herz für die Vereine in der Gemeinde Ehringshausen

Gute Nachricht für alle förderfähigen Vereine in der Gemeinde Ehringshausen

Auf Initiative und Antrag der CDU Fraktion hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 04.03.2021 einstimmig beschlossenen, allen Vereinen, die im Sinne der Vereinsförderrichtlinien förderfähig sind, einmalig den doppelten Betrag des jährlichen pauschalen Zuschusses zukommen zu lassen, der ihnen nach §3 der Förderrichtlinien zusteht. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach Anzahl der Vereinsmitglieder und der aktiven jugendlichen Mitglieder. Er beträgt mindestens 55,- Euro. Dieser Zuschuss kann ab sofort nach den Regeln der Vereinsförderrichtlinie bei der Gemeinde beantragt werden. Vereine, die den Zuschuss für 2021 schon einmal beantragt haben, können diesen einmaligen Sonderzuschuss neu beantragen. Vereine die bisher noch keinen Antrag gestellt haben, können gleich den doppelten Zuschuss beantragen.

Die CDU-Fraktion hatte ihren Antrag wie folgt begründet: Die Vereine mit ihren vielfältigen Veranstaltungen und ihrem regen Vereinsleben leisten einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander in unserer Gemeinde. Insbesondere diese Institutionen leiden derzeit sehr stark unter den pandemiebedingten Beschränkungen. Wichtige Jugendarbeit kommt nahezu völlig zum Erliegen, Veranstaltungen können seit März letzten Jahres nicht mehr durchgeführt werden. Neben all diesen gesellschaftlichen Einschränkungen führen die derzeitigen Regelungen unweigerlich zu teils erheblichen finanziellen Problemen für Vereine. Durch die einmalige Verdoppelung der Fördersumme nach dem Vereinsförderrichtlinien könnten diese Härten wenigstens teilweise aufgefangen werden.



BI Pro Tunnel

Verzögert hessische Landesregierung Entscheidung über B49-Ausbauvariante?

(W.D.) Mit ihrer Vermutung, dass sich die schon seit mehr als einem Jahr ausstehende Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums über die bevorzugte Variante der zukünftigen B49-Trassenführung in Wetzlar nicht primär aus fachlichen, sondern aus politischen Gründen verzögert, sieht sich die Bürgerinitiative „B49-Tunnel pro Wetzlar“ jetzt bestätigt. Wie die Sprecherin der BI, Susanne Wießner-Grüning, jetzt in einer Presseveröffentlichung mitteilte, sei man bisher davon ausgegangen, dass über die zukünftige Trassenführung in Berlin entschieden werde. Das sei zwar zutreffend, aber der Bundesverkehrsminister würde darüber nicht ohne die vorherige fachliche Einschätzung und Stellungnahme der hessischen Landesregierung befinden.

In einem Anschreiben von Mitte Dezember letzten Jahres hatte die BI „B49-Tunnel pro Wetzlar“ den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium in Berlin, MdB Steffen Bilger (CDU), angeschrieben und sich nach dem aktuellen Planungsstand erkundigt. Dieser bestätigte in seinem Antwortschreiben vom 27. Januar, dass nach Aussage der hessischen Straßenbauverwaltung (SBV) die „landesinterne Abstimmung in den kommenden Wochen abgeschlossen“ und mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erörtert würde.

Auf Grundlage dieses Sachverhaltes hatte die BI-Sprecherin Ende Januar den zuständigen hessischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al Wazir (Grüne) sowie den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) mit der Bitte angeschrieben, zeitnah eine klare Positionierung des Landes für die Tunnellösung vorzunehmen und auf die breite Zustimmung der Bevölkerung für diese Ausbauvariante verwiesen. „Bislang haben wir noch keine Reaktion auf unsere Anschreiben bekommen“, so Wießner-Grüning.

Die Vermutung, dass die Landesregierung schon seit Monaten auf Zeit spiele und ohne Festlegung auf eine Ausbauvariante über den Kommunalwahltermin am 14. März kommen möchte, dränge sich geradezu auf und sei nach Auffassung der BI der Tatsache geschuldet, dass sich insbesondere Al-Wazir als Spitzenpolitiker der hessischen Grünen und verantwortlicher Landesminister in einem Dilemma befände.

Egal welche Ausbauvariante er nach Berlin empfehlen werde, müsse er mit politischem Gegenwind rechnen. Und so mache es durchaus Sinn, wenn man gegenwärtig so kurz vor den Kommunalwahlen nichts entscheide.

14 März 2021 CDU LISTE 1

CDU Kandidaten für Sie in den Kreistag

GUTE KÖPFE • GUTE GRÜNDE • EIN TEAM

1. Hans-Jürgen Irmer
Oberstudienrat, MdB
Wetzlar

2. Elisabeth Müller
Steuerberaterin
Bischoffen

3. Jörg Michael Müller
Rechtsanwalt, MdL
Herborn

4. Nicole Petersen
Kaufm. Angestellte
Mittenaar

5. Frank Steinraths
MdL
Wetzlar

6. Prof. Dr. Katja Silbe
Ingenieurin
Leun

7. Kevin Deusing
Politologe
Dillenburg

8. Anna-Lena Bender
Dipl. Ökonomin
Hüttenberg

9. Carsten Braun
Bürgermeister
Driedorf

10. Heike Ahrens-Dietz
Päd. Fachkraft
Solms

11. Michael Hundertmark
Lehrer
Wetzlar

12. Sacha Panten
Fachbereichsleiter
Haiger

13. Kerstin Hardt
Groß- und Außenhandelskauffrau, Herborn

14. Daniel Steinraths
Bankbetriebswirt
Lahnau

15. Rabea Krämer-Bender
Angestellte
Eschenburg

16. Heiko Budde
Soz. Pädagoge i.R.
Aßlar

17. Steffen Droß
Verwaltungsfachangestellter, Greifenstein

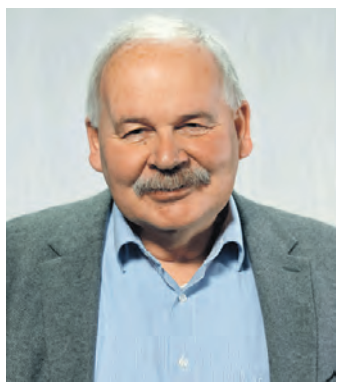
18. Eberhard Horne
Vermessungsingenieur
Dillenburg

19. Armin Müller
Oberstudienrat
Breitscheid

20. Ingo Panten
Technischer Angestellter, Dietzhölztal

21. Lisa Schäfer
Auszubildende zur VFA
Solms

22. Carmen Lenzer
Lehrerin
Braunfels



23. Matthias Bender
Angestellter
Ehringshausen

24. Christoph A. Herr
Diplom Verwaltungswirt, Sinn

25. Johann Günter Jackel
Dipl. Ingenieur
Herborn

26. Sabine Sommer
Kaufm. Angestellte
Bischoffen

27. Leo Müller
Jurist
Eschenburg

28. Maximilian Keller
Verwaltungsbeamter
Wetzlar

29. Johannes Volkmann
Parlamentarischer Referent, Lahnau

30. Tim Schönwetter
Historiker
Braunfels

31. Kim Robert Trapp
Dipl. Kaufmann
Leun

32. Ronald Döpp
Industriekaufmann
Lahnau

33. Silke Schumacher
Oberstudienrätin
Dillenburg

34. Jörg Leiter
Landwirtschaftsmeister
Hohenahr

35. Michael L. Sommerfeld
Verkaufsstellenverwalter, Siegbach

36. Markus Georg
Verwaltungsfachwirt
Haiger

37. Akop Voskanian
Rechtsreferendar
Wetzlar

38. Alexander Arnold
Mechatroniker
Schöffengrund

39. Wolfgang Nickel
Rechtsanwalt
Dillenburg

40. Lukas Phillip Winkler
Lehrer
Herborn

Kommunalwahl Hessen

14 März 2021

CDU LISTE 1